

# UNABHÄNGIGE Bauernstimme

Oktober 2002 Nummer 249  
K 12858 / 3,00 €

Eine Zeitung von Bäuerinnen  
und Bauern



Matthias Berghahn

Auf nach Luxemburg zum Europäischen Gerichtshof! Am 3. Oktober beginnt dort der zweite Prozess darüber, ob Bäuerinnen und Bauern der Saatgut Treuhand gegenüber Auskunft geben müssen oder nicht.

## Politik

### Neu ist gleich Alt

Nach der Wahl wird Künast Bundeslandwirtschaftsministerin bleiben. Welche Aufgaben jetzt für die Regierung und aktive Bauern und Bäuerinnen anstehen und mit welchen Zielen ein Bauer neu in den Bundestag einzieht auf den **Seiten 2 und 7**

### Bauen im Außenbereich

Einen Stall zu bauen setzt bald ein Rechtsstudium voraus, so viele Gesetze und Verordnungen gilt es zu beachten. Eine Übersicht dazu und eine Auseinandersetzung über Industrieställe auf **Seite 2 und 3**

## Markt

### Sicher und gut?

In der EU gelten fürs Zerlegen an Fließband und Tisch des Metzgers die gleichen Hygieneregeln. Nicht immer sinnvoll und ein großes Problem für die regionale Fleischvermarktung. Auf das erste QS-Fleisch in den Regalen reagiert der LEH mit Zurückhaltung. **Seite 12 und 13**

### Schnapsidee

Obstbrände sind einträglich und sichern den Streuobstbau. Doch wenn Brüssel das deutsche Branntweinmonopol kippt, ist es aus damit. **Seite 15**

## Bewegung

### Regionen aktiv Weserland

Die „Nordlichter“ haben viel vor. Konzepte und erste Erfahrungen sowie ein breites Meinungsspektrum von Bauern und Bäuerinnen aus der Region auf den **Seiten 14 und 15**

### Rentable Milchleistung

Die Rinderzüchterin Steffens hält Alte Schwarzbunte nicht nur aus Liebhaberei sondern auch weil es sich rechnet: Robust mit guter Lebensleistung **Seite 16**

### Weitere Themen:

Gentechnik **Seite 4**, Hochwasser **Seite 6**, Milchpolitik **Seite 8**, Vielfalt **Seite 11**, Stallbau **Seite 17**, Pachtland **Seite 18** und vieles mehr

Die letzten Wochen und Monate waren äußerst spannend und das bis zur Auszählung des letzten Stimmzettels. Das ständige Auf und Ab der Parteien war getragen von Arbeitslosenzahlen, Affären und Skandalen bis zum Schluss. Doch nach ständigem Hoffen und Bangen steht nun fest, im Bereich Landwirtschaft müssen wir nicht zurück in die alten Fahrwasser des „Wachsen oder Weichens“ und dem einseitigen Einfluss der alten Agrarlobby!

Und nicht zuletzt hat die verheerende Flutkatastrophe dazu beigetragen, das Ruder noch einmal in Richtung

Rot-Grün zu lenken. Bundeskanzler Schröder konnte dort Tatkraft und Handlungsfähigkeit beweisen und den Menschen ist die Notwendigkeit von Klima- und Umweltschutz wieder ins Bewusstsein gerückt. Und damit die Partei der Grünen, die für die notwendige Kompetenz bei diesen Themen steht. Das unerwartet gute Abschneiden von Bündnis 90/ die Grünen zeigt auch auf, dass die

„Agrarwende“ mit Ministerin Künast und ihr offensiver Umgang mit Skandalen von den Verbrauchern sehr positiv aufgenommen werden. Nur auf dem Lande zeigt das Wahlergebnis noch kein Vertrauen in eine „Wende“ zu gestärkten ländlichen Räumen. Umso wichtiger ist es, dass Frau Künast nun verstärkt auf die Bäuerinnen und Bauern zugeht, um sie dort abzuholen, wo sie jetzt stehen in ihren unterschiedlichen viel-



schichtigen Situationen. Aber auch die Menschen auf den Höfen müssen endlich über ihren Tellerrand schauen, die ideologische Verblendung durch Bauernverband und gängige Landwirtschaftspresse ablegen und die tatsächlichen Chancen einer veränderten Agrarpolitik für ihre Wirtschafts- und Lebensbereich

## KOMMENTAR

### Neue Chance

nüchtern betrachten. Um die Agrarwende in Schwung zu bringen, müssen einige Aufgaben angepackt werden. Allen voran die Midterm-Review zur Agenda 2000, die einige Chancen birgt, um tatsächliche Reform zu erreichen. Die Entkoppelung der Direktzahlung von der Produktion und das Einbinden von Arbeitskräften wären erste Schritte dazu. Aber es gilt nun auch die Schwachstellen auf zu zeigen, damit auch wirklich eine soziale und ökologische Ausrichtung der EU-Agrarpolitik entsteht und nicht nur ein „Einsparprogramm“, das wieder auf dem Rücken unserer Betriebe

ausgetragen wird. Auf nationaler Ebene gilt es nun Begonnenes mit Inhalten zu füllen. Wie beim „Aktionsprogramm bäuerliche Landwirtschaft“, das den Stellenwert durch eine Diskussion auf Verbändeebene und durch Geldausstattung erhalten muss. Oder die Vereinfachung der Bürokratie auf unseren Höfen, um nur einige Beispiele zu nennen.

Die vielfältigen Aufgaben für die neue – alte Regierung zeigen auch die für uns als AbL auf. Die Interessenslagen innerhalb der Landwirtschaft sind vielschichtig, nicht selten widersprüchlich und daher sehr hart umkämpft. Wir müssen mit unseren Vorstellungen und Forderungen im Ministerium präsent sein. Uns wieder mit fundierten Vorschlägen in die Diskussion einmischen, damit „bäuerliche Landwirtschaft“ das Zukunftsmodell wird.

Maria Heubuch,  
AbL-Bundesvorsitzende und Milchbäuerin

## Wie viel Könecke verträgt Hepstedt?

So die „Wümme-Zeitung“ über Baupläne des Bremer Wurstfabrikanten Karl Könecke im niedersächsischen Hepstedt (Kreis Rotenburg). Könecke, vor Jahren wegen Steuerhhelei und Steuerflucht schon einmal in den Schlagzeilen, hat im schönen Hepstedt bereits einen Rindermast-Betrieb und 250 Hektar Land gekauft: „Der eine kauft sich einen Rembrandt, ich kauf mir eine Wiese.“ Auch am Kauf von Immobilien zum Zwecke der Vermietung hat Könecke Freude: Zusätzlich zu seinen bisherigen 3 Objekten (u.a. das ehemalige Feuerwehrhaus und die Gaststätte) will er im Ort weiter dazukaufen.

Im März hat der Fabrikant auch noch einen Schweinemaststall mit 1.900 Plätzen beantragt, direkt an einem Schullandheim und 400 Meter von einer Neusiedlung entfernt. Die dort ansässigen 40 Familien haben gegen die zu erwartende Geruchsbelästigung eine Bürgerinitiative gegründet und sich mit 150 Unterschriften an Gemeinderat, Landkreis und an die Land-

ler „Alteingesessener“ (Zevener Zeitung) zusammen. Könecke, in Begleitung von Architekt und Pressesprecher, griff die Bürgerinitiative scharf an. Er erfülle alle Rechtsauflagen „besser als jeder andere“ oder als ein „Hinterhofstall“. Die Schweine kämen zwar nicht in seine Fleischfabrik, sondern würden frei verkauft. Aber er investiere eben gern in „rentierliche und profitable Projekte“. Es sei nicht sein Rechtsverständnis, dass örtliche Landwirte sich vergrößern dürften, ihm dieses Recht jedoch nicht zugestanden werden solle: „Das Recht ist für alle gleich!“

Unter den 1000 Einwohnern in Hepstedt, darunter noch viele praktizierende Landwirte, gehen die Meinungen auseinander. Mehrere örtliche Handwerker (die z.T. auf Köneckes Immobilien arbeiten) solidarisierten sich mit Könecke: „Wir leben auf dem Lande. Gerüche und Geräusche (Hähne krähen, Schweine quieken, Trecker etc.) gehören nun einmal zur Landwirtschaft.“ Einige Landwirte fühlen sich offenbar von der Bürgerinitiative mitbe-



wirtschaftsministerien in Hannover und Berlin gewandt. Beim Kauf ihrer Grundstücke mit dem verharmlosenden Hinweis auf den „Hobby-Landwirt“ Könecke getäuscht, sähen sie nun Wohnqualität und Wert der Immobilien durch eine agrarindustrielle Anlage gefährdet.

Sie hätten aber, so betonen die Könecke-Gegner ausdrücklich, überhaupt nichts gegen Stallbauten einheimischer Landwirte: Es sei ein Unterschied, ob ein landwirtschaftlicher Betrieb aus Existenzgründen expandieren müsse oder ob ein Fleischfabrikant in ein Abschreibungsobjekt investiere.

Bei einer Dorfversammlung prallten die Meinungen der Neubürger mit denen vie-

droht und verteidigen generell „Schweinemast im großen Stil“.

Andere Bürger sehen angesichts „wachsender Präsenz und Macht“ des Bremer Unternehmers die „Strapazierfähigkeit der Hepstedter“ erreicht. Landwirte klagen, dass Köneckes Landkäufe die Landpreise hoch treiben, obwohl er auf Landwirtschaft – im Gegensatz zu Bauern – nicht angewiesen sei. Der Gemeinderat betont seine rechtliche Einflusslosigkeit und will nicht Partei ergreifen. Derzeit prüft die Landwirtschaftskammer in Hannover, ob Köneckes Anlage ein gewerbliches oder ein landwirtschaftliches Projekt ist.

en  
BI-Seite im Internet: [www.dielenshop.de](http://www.dielenshop.de)



## Bauern-Privileg darf nicht für Agrarindustrie gelten

Landwirtschaftliches Bauen im Außenbereich

Geflügelkonzerne und Agrarunternehmer, die immer neue Großmastanlagen planen. Bürgerinitiativen, Umwelt- und Tierschutzverbände und auch Bauern, die sich mit Protesten und Klagen gegen Agrarfabriken wehren. Gemeinden, Landkreise und Bezirksregierungen, die die zunehmende Viehdichte wegen Befürchtungen für Gesundheit, Umwelt oder Tourismus zu stoppen versuchen. Bauern, die durch das Vordringen agrarindustrieller Großanlagen in ihre Dörfer ihre eigenen Wachstumschancen bedroht sehen – die aber andererseits fürchten, dass sich die Bürgerinitiativen mit ihrem Widerstand gegen Agrarfabriken vielleicht auch gegen ihre eigenen Ställe wenden könnten. Bauern, die viele Bau-Rechtsbestimmungen als bedrohlich, teuer und bürokratisch erleben und aus Furcht vor Verschärfungen rasch noch Bauanträge stellen. Eine Expertenkommission des Bundesbauministeriums, die bei der bevorstehenden Novellierung des Bundesbaugesetzbuchs keinerlei Unterschied machen will zwischen agrarindustriellen Mastanlagen und Stallbauten ansässiger Bauern und zudem die Flächenbindung lockern möchte.

Die dringend gebotene Novelle des Baurechts muss diese Widersprüche lösen: mit unbürokratischeren Regelungen, mit Lösungen für die zunehmende Viehdichte, mit mehr Entscheidungsrechten der bisher machtlosen Kommunen – und mit klaren Grenzen zwischen agrarindustrieller Massentierhaltung einerseits und existenzsichernden Investitionen bäuerlicher Betriebe andererseits.

### Privilegierung für bäuerliche Betriebe

Der Außenbereich der Kommunen ist aus guten Gründen vor Baumaßnahmen geschützt. Lediglich für die Landwirtschaft gibt es in § 35 des **BauGesetzbuches (BauGB)** eine Ausnahme, die „Privilegierung“: für solche Bauvorhaben, die einem „land- oder forstwirtschaftlichen Betrieb“ dienen, nur einen untergeordneten Teil der Betriebsfläche einnehmen und öffentlichen Belangen nicht entgegenstehen.

Im **Raumordnungsgesetz (ROG)** ist diese **Privilegierung ausdrücklich für die „bäuerlich strukturierte“ und flächengebundene Landwirtschaft** vorgesehen – so der Agrarrechtler Volkmar Nies („Ldw. Bauen im Außenbereich“, Münster 2000): Dabei sei der bäuerliche Betrieb weniger durch seine Größe,

sondern insbesondere durch seine Arbeitsverfassung gekennzeichnet. Und diese sei, so Nies, definiert durch die Arbeit von Familienangehörigen, die einen Betrieb im persönlichen Interesse unter eigenverantwortlichem Handeln im Generationenwechsel führen. 1997 wurde der Begriff „bäuerlich“ durch die Bodengebundenheit der Produktion ergänzt. Hier liegt ein zentraler Ansatzpunkt, wenn man in Flächennutzungs- oder Bebauungsplänen die Ställe von Bauern von den gewerblichen Anlagen von Agrarindustriellen unterscheiden will.



Bauern – und nicht der Agrarindustrie – muss das Recht auf neue Ställe erhalten bleiben. Foto: Archiv

Auch gemäß § 201 BauGB gilt ein Betrieb als „landwirtschaftlich“, wenn er die unmittelbare Bodenertragsnutzung zum Gegenstand hat, die von einer zentralen Hofstelle aus geschieht, und wenn der Boden planmäßig und eigenverantwortlich bewirtschaftet wird (Lohnunternehmer gehören z.B. nicht dazu). Bei der Tierhaltung muss die überwiegende Futtergrundlage unmittelbar (!) aus der Bodennutzung des eigenen Betriebes gewonnen werden können. Dabei, so Nies, wird „man wohl verlangen können, dass der bewirtschaftete Boden tatsächlich zur Futtererzeugung der betriebszugehörigen Tiere Verwendung findet und nicht nur größen- und ertragsmäßig geeignet ist, als überwiegende Futtergrundlage zu dienen“.

### Berücksichtigung öffentlicher Belange

Natürlich sind bei allen Bauvorhaben auch „**entgegenstehende öffentliche Belange**“ gleichrangig zu berücksichtigen, z.B.:

- besondere, konkrete Festlegungen in Raumordnung/Flächennutzungsplan,
- besonders schützenswerte Aspekte von „Eigenart der Landschaft“ oder

„Natur- und Landschaftsschutz“ sowie deren Bedeutung für Erholung oder Kurbetrieb.

– schädliche Umwelteinwirkungen, vor allem durch unzumutbare (!) Immissionen wie Geruch, Lärm, Staub, Keime oder Ammoniak auf Nachbarn und Umwelt.

### BImSch, UVP, TA und GIRL

Bei letzterer Abwägung gemäß **Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG)** wird die augenblickliche (nicht die mögliche) Wirkung auf Nachbarn und Umwelt beurteilt. Dabei

haben erleichtert).

Gemäß EU-Vorgabe ist bei großen Tierhaltungs-Anlagen eine vorsorgende **Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)**, d.h. über die Immissionsfragen hinaus, vorgeschrieben (sie erfolgt meist gemeinsam mit der Prüfung nach BImSchG). Dabei wird die Einhaltung der Vorschriften weiterer Fachgesetze geprüft: Die Tierseuchen-Schweinehaltungs-Verordnung legt z.B. Höchsttierzahlen je Stalleinheit fest. Arbeits- und Tierschutz oder Betreuung der Tiere dagegen werden bisher nicht mitgeprüft. Vorgeschrieben ist die UVP ab 15.000 Legehennen-, 15.000 Puten-, 30.000 Junghennen-, 30.000 Mastgeflügel-, 1.500 Mastschweine-, 560 Sauen-, 4.500 Ferkel-, 250 Rinder- und 300 Kälber-Plätzen. Eine Anzeigepflicht und Vorprüfung gilt aber bereits bei Überschreiten von 50 GVE und 2,0 Großvieheinheiten je ha.

Die Neuregelung der **Technischen Anleitung (TA) Luft** konkretisiert für diese Ställe bauliche Minderungsvorschriften und Einzelheiten der zu untersuchenden Stoffe (Ammoniak, Staub etc.). Die **VDI-Richtlinien** und **Geruchs-Immissions-Richtlinien (GIRL)** legen Regel-Abstände zur Wohnbebauung fest, meist zwischen 200 und 500 Metern. Dabei werden vielerlei konkrete Immissions-Umstände mit Punkten bewerten, wobei Defizite in einem Bereich durch Pluspunkte in anderen Bereichen aufgewogen werden können. Wie der Fall eines zunächst untersagten „Neuland“-Stallbaus zeigte (die Bauernstimme berichtete), dürfen die z.B. für Spaltenböden erarbeiteten Richtlinien nicht schematisch auf art- und umweltschonende Tierhaltungsformen mit Stroh und Auslauf und die davon ausgehenden Gerüchen angewendet werden.

### Für eine baldige Anhörung!

In der Diskussion um ein neues Baurecht werden derzeit erörtert: Verbanung gewerblicher oder auch aller Stallbauten in gemeindlich ausgewiesene Sondergebiete, Ausweisung von Bebauungsplänen mit besonderen Vorschriften für Haltung oder Lüftung in den Ställen, Ausweisung von Bebauungsplänen für „landwirtschaftsfreie Räume“. Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe arbeitet derzeit in Berlin an einer Neufassung des „Bauernprivilegs“. Aus Sicht nicht nur der Bauern ist eine offene Information und Diskussion dringend geboten, u.a. bei einer baldigen Anhörung!

## IG Boden erhebt Beschwerde wegen Bodenvergabe bei EU

Die AbL Landwirte-Interessengemeinschaft für eine gerechte Verteilung öffentlicher Flächen in Ostdeutschland (IG Boden) ergreift jetzt rechtliche Schritte und bringt die Verteilung öffentlicher Flächen in Mecklenburg-Vorpommern vor der EU-Kommission in Brüssel auf den Prüfstand. Geprüft werden soll die automatische Pachtverlängerung für öffentliche Flächen der bundeseigenen Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft (BVVG) von 12 auf 18 Jahre sowie die Verpachtung der Flächen zu günstigeren Konditionen bis zum Faktor 2, d.h. statt der üblichen 12 bis 14 DM je Bodenpunkt werden für BVVG-Flächen nur 7 bis 8 DM an Pacht gezahlt. Darin sieht die IG Boden eine Subventionierung der Betriebe, die BVVG-Flächen pachten konnten, die von der EU so nicht genehmigt worden ist. Schon 1998 hatte die EU das Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz (EALG) für die Umstrukturierung in Ostdeutschland hinsichtlich Wettbewerbsverzerrung überprüfen lassen, noch bevor das Bundeskabinett dann 1999 die automatische Pachtverlängerung beschlossen hat. we

## Kirchenland an Wiedereinrichter?

Für mehr Transparenz bei der Verpachtung von Kirchenland hat sich der VDL-Präsident Dieter Tanneberger beim Landeskirchenamt der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen eingesetzt. Am 30.9.2002 laufen viele der mit Großbetrieben abgeschlossenen Pachtverträge aus. Flächenarme Wiedereinrichter-Betriebe seien aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen auf weitere Pachtflächen angewiesen. pm

## LPG-Zwang richtig?

Als „notwendigen Schritt in die richtige Richtung“ hat laut Altmarkzeitung der PDS-Landtagsabgeordnete Krause (Sachsen-Anhalt) die Gründung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPGen) vor 50 Jahren bezeichnet. Zwar hätten „nicht alle Bauern den Schritt freiwillig“ gemacht, eine Enteignung aber sei nicht geschehen, vielmehr sei so eine „bewährte und zukunftsfähige Agrarstruktur“ geschaffen worden, die nicht zerschlagen werden dürfe. Von anderslautenden Stellungnahmen hochrangiger weiterer PDS-Funktionäre, die bei dem Wahlkampf-Treffen mit Agrargenossenschafts-Managern dabei saßen, war nichts zu hören. en

## Bauer Traube gegen Endlager

Gegen das Atommüll-Endlager Schacht-Konrad in Salzgitter streitet der nur 400 Meter benachbarte Bauer Walter Traube seit 25 Jahren. Er befürchtet das Ende seines 110-Hektar-Hofes, weil während der gesamten Einlagerungszeit radioaktiv belastete Abluft aus den Stollen auf seine Felder käme. Unterstützt wird seine Klage vor Gericht vom Landvolk, der IG Metall, der evangelischen Kirche und natürlich vielen Atomkraftgegnern. Ein Drittel des Prozess-Streitwerts von 150.000 Euro wurden bisher gespendet. en

## Anbau-Streik?

Britische Braugerstenerzeuger erwägen, mit der Drohung eines flächenhaften Ausstiegs aus dem Braugerstenanbau höhere Preise von den Mälzereien zu erzwingen. ed

## Tag der Regionen: 6. Oktober



Anfang Oktober ist es wieder soweit. Bundesweit werden dann rund 500 Veranstaltungen mit einigen hunderttausend Besuchern stattfinden. Vom Regionalmarkt bis Aktionsradtour werden die Themen reichen. Infos bei Koordinationsstelle Süd Tel.: 09852-1381; Koordinationsstelle Nord Tel.: 05643-948537 oder unter [www.tag-der-regionen.de](http://www.tag-der-regionen.de)

## Anbau-Streik?

Britische Braugerstenerzeuger erwägen, mit der Drohung eines flächenhaften Ausstiegs aus dem Braugerstenanbau höhere Preise von den Mälzereien zu erzwingen. ed

KURZES AM RANDE

## Großflächig Gentech-Pflanzen?

EU treibt Zulassung von Gentechpflanzen voran. Keine Einigung bei der deutschen Runde zur Grünen Gentechnik

Geht es nach den Vorstellungen des EU-Verbraucherkommissars David Byrne sollen in der EU Bauern bald Gentech-Saatgut kaufen sowie die Verbraucher genüsslich Gentech-Nahrung zu sich nehmen können. Bislang weigerten sich die Länder Griechenland, Italien, Luxemburg, Österreich und bis zum Regierungswechsel auch Dänemark und Frankreich, einer Zulassung von Gentech-Pflanzen und Nahrungsmitteln zuzustimmen, bevor Regelungen verabschiedet sind, die eine klare Kennzeichnung und Rückver-

folgung nach wie vor völlig ungeklärt: wer muss z.B. zahlen, wenn ein Landwirt seine Ernte wegen einer ungewollten gentechnischen Verunreinigung nicht mehr vermarkten kann?

### Wahlfreiheit für wen?

Während die EU zu überzeugen versucht, dass die Wahlfreiheit und Information der Verbraucher durch die neuen Regelungen abgedeckt sei, wurde in Deutschland darüber in diesem Jahr heftig gestritten. Bei der vom BMVEL angeregten Diskursrunde

„Grüne Gentechnik“ gab es in den entscheidenden Punkten keine Einigung: weder über den Nutzen von Gentechnik in der Landwirtschaft noch über die Bewertung der Risiken und schon gar nicht darüber, wie ein Nebeneinander von Gentechnik und gentechnikfreier Landwirtschaft und Ernährung ge-



Verbraucher in ganz Europa lehnen die Gentechnik ab, während EU-Kommissar Byrne ihre Einführung vorantreibt. Foto: Schievelbein

regelt werden muss. Der Bauernverband im Boot mit der Industrie und den Gewerkschaften weigerte sich vorab Regelungen für Haftung, Rückverfolgbarkeit und klarer Kennzeichnung abzuwarten, bevor die Gentechnik auf den Äckern Einzug erhalten soll. Einvernehmen entstand nur bei dem verschwommenen Ziel, dass Verbraucher und Bauern die Wahlfreiheit zwischen herkömmlichen und Gentech-Pflanzen und -Nahrungsmitteln behalten sollen. Nach einer schleichenden Verunreinigung haben die Konsumenten, so Heike Moldenhauer vom Umweltverband BUND, eine Wahlfreiheit nur noch zwischen mehr oder weniger gentechnisch verunreinigten Lebensmitteln. „Eine Auskreuzung ist in jedem Fall ein Schaden und nicht ein hinzunehmendes Naturereignis“, folgert Angela von Beesten, die die AbL in der Diskursrunde vertrat. Im Gegensatz zu Ökobauern können konventionelle sich nicht auf ein Gesetz berufen, das ihnen den Einsatz von Gentechnik verbietet. Somit wird es für sie mit zunehmender Ausbreitung von Gentechnik schwer werden, eine Verunreinigung ihrer Ernte als Schaden rechtlich geltend zu machen. ms

folgbarkeit von Gentechnik sichern. Ihre Bedenken sieht der Kommissar nun ausgeräumt: Mitte Oktober tritt die EU-Richtlinie über die Freisetzung von genmanipulierten Organismen in Kraft. Zeitnah soll auf den EU-Agrar- und Umweltministertreffen im Oktober eine Einigung über die Futtermittel- und Rückverfolgbarkeitsregeln der Gentechnik erzielt werden. Nach Jahren aufwändiger Lobby-Arbeit hätten damit Gentechnikkonzerne wie Bayer und Syngenta die EU-Institutionen weich gekocht – gegen die Ablehnung der Gentechnik von der großen Mehrheit der Bauern und Verbraucher in der EU. Doch selbst wenn sich Byrne mit seinen Ideen durchsetzen sollte, haben die Konzerne noch einen weiten Weg der Zulassung vor sich. Die Mitgliedstaaten müssten die Richtlinie zunächst in ihr nationales Recht umsetzen. Doch dafür fehlt selbst der immer zügig arbeitenden dänischen Regierung noch ein entscheidender Anhang der Kommission, in dem die Überwachung der Gentech-Pflanzen festgelegt wird. Unklar ist weiter wie die Staaten und Konzerne die Rückverfolgbarkeit der Gentechnikprodukte gewährleisten sollen. Ebenso bleibt die Frage der Haf-

## Appetithäppchen aus den Gerichtssälen

Gutes aus deutschen Landen vor der Festtagstafel in Luxemburg

Der Europäische Gerichtshof wird das Thema Nachbaugebühren wohl auch nicht so schnell wieder los werden. Kurz bevor er am 3. Oktober erneut über einen Fall zusammentritt, in dem ein Bauer seine Nachbau-Auskunft an die Saatgut Treuhand Verwaltungs GmbH (STV) verweigerte, überstellte ihm nun das Oberlandesgericht Düsseldorf ein Verfahren gegen einen Saatgutaufbereiter zur Klärung. Den Gerichten in Deutschland wird in letzter Zeit zunehmend suspekt, dass die STV versucht, durch ein Auskunftserzwingen von den Aufbereitern die Rechtsprechung des BGH bezüglich der Auskunftspflicht der Bäuerinnen und Bauern zu unterlaufen. Richter in München, Mannheim und Düsseldorf legten in laufenden Verfahren dar, dass es eigentlich nicht sein kann, dass Aufbereiter zu einer allgemeinen Auskunftspflicht verurteilt werden, während für Bäuerinnen und Bauern dies teilweise verneint bzw. einfach endgültig noch nicht geklärt ist (Verfahren vor dem EuGH diesbezüglich laufen noch, die Tendenz hier ist aber eine kritische Betrachtung einer allgemeinen Auskunftspflicht). Während zunächst einige Gerichte bezüglich der Auskunft der Aufbereiter eindeutig Position auf Seiten der STV bezogen – sogar per einstweiliger Verfügung die Aufbereiter zwingen wollten ihre Arbeit liegen zu lassen, bis sie bereit sind Auskunft zu geben – scheint sich nun das Blatt zu wenden. Ausgerechnet zwei bisher als pro-STV aufgefallene Hardliner-Gerichte lenken ein. Das Landgericht Mannheim lehnte es ab, eine einstweilige Verfügung gegenüber eines verklagten Aufbereiters auszusprechen. Zur Herausgabe der Kundendaten hatte das Landgericht Hamburg sogar bereits einen Aufbereiter verurteilt, jetzt scheint es in einem weiteren Fall die Sache neu überdenken zu wollen. Ein Hinweisbeschluss zielt auf die Aussetzung des Verfahrens bis zur höchstrichterlichen Klärung ab.

### Gebührenlücke

Interessante Entwicklungen gibt es auch in dem – mittlerweile für juristisch Unausgebildete undurchschaubaren – Dschungel der Gebührenverfahren. Vor dem Oberlandesgericht Braunschweig geht es um die eine formale Lücke. Die EU hatte am 24.12.98 – nachgereicht zu ihrer EU-Nachbauverordnung – veröffentlicht, dass, gebe es in den Nationalstaaten keine individuellen Vereinbarungen zwischen den Beteiligten zur Regelung des Umgangs mit den Nachbaugebühren, als maximale Gebühr 50 % der Z-Lizenz von den Züchtern eingefordert werden dürfen. Zu dem Zeitpunkt gab es bei uns natürlich

schon das Kooperationsabkommen als individuelle Vereinbarung zwischen den Beteiligten. Es war aber aufgrund Vergesslichkeit, Schlamperei, was auch immer, nicht im Amtsblatt veröffentlicht worden. Das geschah erst am 16.9.99, also mindestens eine Kartoffelpflanz- und Sommergetreidesäen-Saison später. Wer nun in dieser Zeit nachgebaut hat und später im gesetzlichen Verfahren von der STV zu Gebühren in Höhe von 80 % der Z-Lizenz veranlagt wurde, hätte offenbar keine schlechten Karten, die Differenz zwischen 50 und 80 % zurückzubekommen. Die Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze sucht Bäuerinnen und Bauern, auf die dieser Fall zutrifft.

### Informationslücke

Weniger speziell und von weitaus größerer Bedeutung ist ein anderer Aspekt in der Verhandlung vor dem OLG Braunschweig. Wie bereits in der Bauernstimme berichtet, weichen die eingeforderten Gebühren für ein- und dieselbe Sorte trotz derselben prozentualen Berechnungsgrundlage stark voneinander ab, je nach Wahl des Veranlagungsmodell. Das heißt: Entscheide ich mich für eine Veranlagung nach dem Kooperationsabkommen und habe so viel Nachbau betrieben, dass ich auf den Höchstsatz von 80 % der Z-Lizenz als Nachbaugebühr komme, zahle ich zum Teil deutlich weniger als jemand, der sich im gesetzlichen Verfahren mit 80 % der Z-Lizenz veranlagern lässt. Da auf den ersten Blick 80 % gleich 80 % sind, dürften viele Bäuerinnen und Bauern, denen klar war, dass sie im Kooperationsabkommen in keine günstigere prozentuale Einstufung hereinkommen, das gesetzliche Verfahren gewählt haben. Schließlich würden sie mit ihrer Unterschrift unter das Kooperationsabkommen der STV weitreichende Kontroll- und Ausforschungsrechte einräumen. Auf den ersten und auch noch auf den zweiten Blick erschien es in so einem Fall immer günstiger, das gesetzliche Verfahren zu wählen. 80 % ist tatsächlich gleich 80 %, nur Z-Lizenz ist nicht gleich Z-Lizenz. Das eine ist die gemittelte Pauschalgebühr, die die STV auf der Rückseite ihrer Formulare zum Kooperationsabkommen auflistet. Das andere ist die im gesetzlichen Verfahren ange-setzte reale Z-Lizenz der entsprechenden

Sorte. Speziell bei Kartoffeln weichen diese aufgrund der unterschiedlichen Popularität bestimmter Sorten stark voneinander und damit auch vom Durchschnittswert der STV ab. So kommt zustande, dass ein Anbauer der Sorte Linda im gesetzlichen Verfahren 410,88 DM zahlen sollte, während er über das Kooperationsabkommen nur 205 DM hätte zahlen müssen. So etwas, sagen die Richter des OLG Braunschweig, kann eigentlich nicht in Ordnung sein. Jeder müsse die positivsten Konditionen in Anspruch nehmen können. Die Anwälte der STV protestierten daraufhin, schließlich müssten die Unterzeichner des Kooperationsabkommens einen Vorteil gegenüber denen bekommen, die ihnen keine Ausforschungs- und Kontrollrechte



### Die beste Idee für den Feiertagsausflug – auf nach Luxemburg!



#### Prozess vor dem Europäischen Gerichtshof

Saatgut Treuhand Verwaltungs GmbH gegen Werner Jäger/Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze

Am 3. Oktober 2002 um 10.30 Uhr mündliche Verhandlung, EuGH in Luxemburg - Kirchberg

anschließend Versammlung der IG Nachbau.

weitere Infos bei: Georg Janßen, Geschäftsführer IG Nachbau, 04131/407757

zugestehen. Vielleicht wurde damit von der STV erstmals des Pudels Kern selbst benannt: Ihr großes Interesse an Informationen, sogar an Rechten auf Kontrolle, die die Bäuerinnen und Bauern durchleuchtetbar machen. Einmal mehr kann darauf die Empfehlung der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze nur lauten: Auch die neuen Formulare am besten gleich ins Altpapier! Nichts ausfüllen, keine Angaben gegenüber der STV!

cs

### Gefährlicher Mischer

Der Chef des französischen Futtermittelherstellers „Euro Feed Industries“ wurde kürzlich verhaftet, weil er auch nach dem 1996 ergangenen Tiermehl-Verbot Risikomaterialien ins Futter gemischt haben soll. In Zusammenhang mit der Debatte um Kreuzfeld-Jakob-Erkrankungen in Frankreich wurden weitere Tierkörper-Verwertungsanlagen von der Polizei durchsucht. en

### Höhere „gute Fachpraxis“ – geringere Honorierung?

Über das neue Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) berichtete die TV-Sendung „Unser Land“ des Bayerischen Rundfunks. Neben den Vorteilen für die Natur wurden folgende Punkte als kritisch aus Sicht der Landwirtschaft dargestellt: Die angestrebte Zahl von 10% Fläche für den Biotopverbund sei zu schematisch. Das Ordnungsrecht ersetze zu sehr den Vertragsnaturschutz. Über die neue Definition der „guten fachlichen Praxis“ im BNatSchG (zusätzlich zur entsprechenden Definition in den landwirtschaftlichen Fachgesetzen) werde nun ein erhöhter Standard gesetzlich fixiert, so dass bisherige ökologische Zusatzleistungen der Landwirtschaft z.T. nun ebenfalls Standard würden und nicht mehr zu honorieren seien. Ohnehin, so „Unser Land“, werden die obligatorischen Ausgleichszahlungen des Bundes für solche erhöhten Anforderungen abgeschafft. Zuständig dafür werden nun die Länder, die bestimmte Anforderungen evtl. nicht mehr entschädigen könnten. Tenor des Berichts in „Unser Land“: Eine modernisierte Gesetzesfassung sei trotz allem zum Schutz der Natur überfällig gewesen. en

### MPA-Entsorgung über Mischfutter

Allein in den Niederlanden wurden 50.000 Schweine gekeult, deren Futter hoch mit dem Hormon MPA belastet gewesen war. Die Forderung der EU, jedes einzelne Schwein bei der Vermarktung auf Rückstände zu untersuchen, wurde als zu kostspielig erachtet. Der Weg des MPA-Hormons, eigentlich Bestandteil der Anti-Baby-Pille: von einer irischen Pharma-Fabrik ging es als Abfall an ein zweifelhaftes niederländisches Abfallentsorgungs-Unternehmen, das zugleich Futtermittel herstellte und den Hormon-Sondermüll (durch Einmischung in Glucose-Sirup) über das die so hergestellte „Futtermittel-Komponente“ entsorgte, die dann ins Misch- und Flüssigfutter kam. Futtermittelindustrie und Bauernverband brandmarkten dies als Skandal der Abfallwirtschaft, nicht der Futtermittelbranche. Für die erneut schwer getroffenen Bauern sicher ein schwacher Trost. Wenn Mischfutterkomponenten ohne genügend Sorgfalt und Kontrolle, vor allem unter Minimalkosten-Gesichtspunkten, bezogen und eingemischt werden, dann ist auch dieser Skandal ein Warnschuss für Futtermittel-Hersteller! gf

### Bunge kommt

Der brasilianisch-nordamerikanische Getreidehandels-Multi Bunge Ltd. hat den französischen Sojaverarbeiter Cereol vom ehemaligen Ferruzzi-Konzern (jetzt „Edison“) übernommen. Bunge+ überrundet damit seine multinationalen Konkurrenten bei Rohstoffhandel und -verarbeitung, nämlich die US-Konzerne Archer-Daniels-Midland (einschließlich Oelmühle und Toepfer Hamburg) und Cargill. Durch die Übernahme von 26 Ölmöhlen in Europa schafft Bunge sich einen weiteren Stützpunkt auf dem europäischen und osteuropäischen Markt. Laut Nachrichtendienst Reuters steigt durch die Fusion die Marktbeherrschung in der EU und in den USA. Bunge ist auch der größte Düngemittelhersteller in Lateinamerika. en

### Promis gegen Landminen

Bauern sind am meisten von Landminen bedroht und betroffen. Weltweit sind 80 Millionen Landminen im Einsatz, 8.000 Menschen sterben jährlich daran, weitere 16.000 werden verletzt und verstümmelt. Und das, obwohl der Ottawa-Vertrag von 1997 ein Verbot aller Antipersonenminen vorschreibt (die USA, Russland und China haben bisher nicht unterschrieben). Antifahrzeugminen sind weiterhin erlaubt. Dagegen protestieren jetzt mit einer Plakataktion zahlreiche Prominente: der Musiker Marius Müller-Westernhagen, die Tagesthemen-Moderatorin Anne Will und die Schauspielerinnen Ulrike Folkerts und Cosima Shiva Hagen lassen sich als „Minenopfer“ abbilden, auf den Photos fehlen ihnen Arm oder Bein. Eine hoffentlich wirksame Provokation! en

KURZES AM RANDE

## Nach dem Hochwasser

Viele überflutete Flächen bleiben unbenutzbar. Die Arbeit der Rückkehr und Reparaturen auf den Höfen haben erst begonnen. Erste Spendengelder fließen.

Im Wendland und den angrenzenden Regionen prägt Erleichterung die Stimmung: das Hochwasser ist endlich weg. Schlamm, Kies und Zerstörung, auf den Ackerflächen und Wiesen sieht es wüst aus. Das Auf- bzw. wieder Einräumen ist auf den betroffenen Höfen noch im vollem Gange, so Horst Seide. Selbst diejenigen, die wegen Hochwassergefahr ihren Hof räumen mussten und glücklicherweise trockene Füße oder eher Mauern behalten haben, müssen ja all die abmontieren Einrichtungen wieder einbau-

den Oktober abwarten, wenn die Entscheidungen vom Bund und den Ländern über die Entschädigungen gefallen sind. Vielleicht fallen ja einzelne Bio-Höfe durch die Maschen, denen dann besonders geholfen werden soll. Die ZSL setzt den Schwerpunkt bei der Spendenvergabe auf Höfe, bei denen die Hofstelle unter Wasser stand, die Schäden an Gebäuden, an Maschinen, Einrichtungen und teils auch Tierverluste hatten. Die bisher eingegangenen Spenden von gut 50.000 €



Die Arbeit auf den überfluteten Höfen fängt jetzt erst an.

Foto: Archiv

en. Umgezogene Tiere, an anderen Orten notsilierte oder notgeerntete Futtermittel wieder zurückkarren. Während in den Ställen den Tieren schon das Winterfutter vorgelegt werden muss, weil das Grünland dieses Jahr nicht mehr genutzt werden kann, wird in den Häusern hitzig darüber diskutiert, welche Konsequenzen aus dem Hochwasser gezogen werden: Deich an der Jeetzel höher, Jeetzel bei Hochwasser gegen die Elbe dichtmachen, dann fließt das Wasser ja noch schneller ab? Wenn das alle flußaufwärts machen, steigt die Hochwassergefahr recht. Was ist mit Gebieten, die jetzt bebaut und dennoch stark Hochwasser gefährdet sind?

### Erste Spendengelder ausgezahlt

Die Länder haben erste Hilfgelder ausbezahlt. Das Soforthilfeprogramm der Bundesregierung mit 12-Punkten sieht einen unbürokratischen Zuschuss bis zu 50.000 € für die Hälfte der glaubhaft gemachten Schäden vor. Für betroffene Bauern und Bäuerinnen gesammelte Spendengelder werden teils schon verteilt. Der Deutsche Bauernbund hat neben Sachspenden wie Futter drei Betriebe mit je 15.000 € unterstützt: Ein Schäfer, ein Milchvieh- und ein Ackerbaubetrieb, deren Flächen unter Wasser standen und die so ihre Ernten und Futtermittel verloren haben. Oliver Willing, Ansprechpartner von der Zukunftsstiftung Landwirtschaft (ZSL), will mit der Verteilung der Spenden noch bis in

sollen an 25 Höfe verteilt werden. Auch wenn die rund 2.000 € je Hof nur ein Tropfen auf den heißen Stein sind, sollen sie doch etwas Unterstützung beim Weitermachen geben. Selbstverständlich hofft die ZSL, dass auch Wochen nach dem Hochwasser noch weitere Gelder eingehen (Bankverbindung s. Septemberausgabe S.4)

### Streitpunkt Polder

Unterschiedlich werden die offiziellen Entschädigungen für den gefluteten Havelpolder gehandhabt. Der Polder war geflutet worden, um das Hochwasser am Unterlauf der Elbe zu senken und um Deichbrüche zu vermeiden. So sei laut Jochen Dettmer, Geschäftsführer des Deutschen Bauernbundes, das Land Brandenburg bereit, den betroffenen Landwirten schnell und unbürokratisch 90 % der entstanden Schäden zu ersetzen. Während Sachsen-Anhalt wenig Bereitschaft zeige für die entstandenen Schäden einen angemessenen Ausgleich zu zahlen. Vor allem vor dem Hintergrund des vorbeugenden Hochwasserschutzes kommt der Frage der Entschädigung bei gezielten Flutungen von Poldern der Rolle eines Präzedenzfalles zu. So gelten auch in dem auf der Flusskonferenz Mitte September von Minister Bodewig vorgelegten 5-Punkte-Programm Entlastungspolder als Möglichkeit Hochwasserspitzen zu kappen. m/s

Der Bundesvorstand der AbL hat SPD und Grünen zu ihrem Wahlsieg gratuliert und gleichzeitig aufgefordert, die Chance zu nutzen, um den begonnenen Weg der Neuorientierung konsequent weiter zu gehen. Die AbL sei bereit, ihren Teil dazu beizutragen. Die stärkere Einbeziehung gesellschaftlicher Erwartungen in die Agrarpolitik stehe im Zentrum dieser Neuorientierung und werde von der AbL voll unterstützt, denn so werde Agrarpolitik gesellschaftsfähig. Um aber mehr Bäuerinnen und Bauern als bisher für diesen gesellschaftlichen Ansatz der Agrarpolitik zu gewinnen, „müssen sie von der Gesellschaft aber auch in die Lage versetzt werden, die berechtigten Erwartungen zu erfüllen“, heißt es in dem AbL-Papier. „Bäuerinnen und Bauern, die sich auf den Weg machen wollen, brauchen deshalb ein klares Angebot der Politik“, fordert die AbL. Ein zentrales Element eines solchen

## Jetzt auch Bauern gewinnen

AbL legt Kernpunkte für die Koalitionsverhandlungen vor

Angebotes müsse sein, das angekündigte Aktionsprogramm bäuerliche Landwirtschaft nun mit Leben zu füllen und mit entsprechenden Mitteln auszustatten. Als Teil dieses Programms fordert der AbL-Vorstand u.a., eine Grünlandprämie einzuführen, um die Benachteiligung des Grünlands gegenüber Silomais abzubauen, die artgerechte Tierhaltung nach dem Vorbild NEULAND zu unterstützen und den Betrieben Hilfestellungen zu geben, sich neue Einkommensquellen wie etwa in der Energiegewinnung zu erschließen. Zum Handeln aufgerufen ist aber nicht nur das Agrarministerium, sondern auch das Bau-, Wirtschafts- und nicht zuletzt das Finanzministerium. So sei

das Baugesetzbuch zu ändern, um das privilegierte Bauen im Außenbereich auch auf landwirtschaftsnahe Bereiche wie Direktvermarktung und Anlagen zur Energiegewinnung (z.B. Biogasanlagen) auszudehnen. Dem Wirtschaftsminister werden Hausaufgaben einerseits im Bereich des verarbeitenden Handwerks (z.B. Metzgerhandwerk) mit auf den Weg gegeben, aber auch bezüglich der WTO-Verhandlungen, wo er klassischer Weise die Bundesregierung vertritt. Und vom Finanzminister wird gefordert, bei anstehenden Steuerreformen die kleinen und mittleren Betriebe, die beim Sparpaket 1999/2000 „überproportional Einbußen hinnehmen mussten“, zu entlasten.

Auf europäischer Ebene ruft die AbL die neue Bundesregierung auf, die Vorschläge der Kommission zur Reform der EU-Agrarpolitik zu nutzen. Ziel müsse sein, „über richtige Rahmenbedingungen dazu beizutragen, dass möglichst viele bäuerliche Betriebe und Arbeitsplätze erhalten werden können“, so die AbL. Ministerin Renate Künast scheint es ernst zu meinen und den in den letzten anderthalb Jahren begonnenen Weg fortzusetzen, sich nicht allein von der alten Agrarlobby beraten zu lassen. Für den 30. September hat sie die Verbände aus Landwirtschaft, Umwelt-, Verbraucher- und Tierschutz zusammen zu einem Meinungsaustausch über die „Schwerpunkte der künftigen Verbraucher-, Ernährungs- und Agrarpolitik“ eingeladen. Bleibt zu wünschen, dass die Neuorientierung auch ohne große Krisen und Skandale vorangehen wird. *uj*

**Herzlichen Glückwunsch zu Deinem Einzug in den Bundestag!**  
Vielen Dank.

**Weist Du schon, was Dich in Berlin erwartet?**

Morgen geht's zur ersten Fraktionssitzung, dann laufen drei Wochen Koalitionsverhandlungen, danach Fraktionsklausur und dann geht's am 22. Oktober zur Kanzlerwahl.

**Wie schmeckt Dir als Bauer die Vorstellung, bald tagelang in Sitzungen über alles Mögliche zu reden und zu entscheiden?**

Ich mache gerne Politik. Es gibt Menschen, die glauben, Politik sei die Diskussion über große Entwürfe. Und es gibt Menschen, die wissen, dass Politik aus den vielen ganz kleinen Schritten und Gesprächen besteht. Die Erfahrungen kann jeder machen, der in die praktische Politik einsteigt.

**Auf Deinem Wahlkampf-Flyer steht „Unser Bauer für Berlin“. Du bist der einzige Bauer in Deiner Fraktion und einer der wenigen im gesamten Parlament. Das weckt bei einigen hohe Erwartungen!**

Das sind viel zu hohe Erwartungen, die einige AbL'er da haben mögen. Von einem Neuling in der Fraktion erwarten die Alteingesessenen natürlich, dass man sich erst mal hinten anstellt. Wie weit das für mich gilt, wird man sehen. Jetzt stehen erst mal die Hintergrundsprache für die Koalitionsverhandlungen an. Die Erwartung, dass wir jetzt alles auf ganz neue Füße stellen, die möchte ich nicht wecken und auch nicht befördern. Wir geben unser Bes-

## Ein Bauer in Berlin

Interview mit dem frisch gewählten neuen Bundestagsmitglied Friedrich Ostendorff

tes, und da spielt die AbL natürlich auch eine Rolle. Ich fühle mich als AbLer und beziehe mich darauf.

**Was hast Du Dir denn vorgenommen für die kommenden vier Jahre?**

Natürlich neben den inhaltlichen Themen die Klimaverbesserung. Die Landwirtschaft kann es sich nicht leisten, in Dauerkonfrontation mit der zuständigen Ministerin zu liegen. Das ist fatal für uns als kleine gesellschaftliche Gruppe, die immer Anerkennung ringen muss und um Verständnis für ihre Probleme und Geldnöte wecken muss. Es ist dringend notwendig, dass wir, egal, wer Minister oder Ministerin ist, in einem Dialog stehen und nicht in einer solchen Konfrontation, die jeden Stil vermissen lässt. Hier ist, vor allem von der Spitze des Bauernverbandes, dringend ein Umdenken erforderlich. Aber ich bin nicht sicher, ob der Bauernverband so massiv auf Konsens setzen wird. Von daher wird es noch sehr die Frage sein, ob ich an dieser Position gebraucht werde.

**Wo müssen inhaltliche Schwerpunkte liegen?**

Die Agrarwende ist eingeläutet. Wir haben ein paar Sachen auf den Weg bringen können, aber wir brauchen jetzt den Bereich bäuerliche Landwirtschaft als Oberthema. Wir müssen auch rauszukommen aus der Konfron-

tation Biolandwirtschaft – konventionell. Ich verstehe mich selbst immer erst als Bauer, der sich entschieden hat, seinen Bauernhof nach anderen Vorstellungen zu bewirtschaften. Aber erst mal bin ich Bauer. Deshalb ist das Zukunftsprogramm bäuerliche Landwirtschaft, das die AbL schon lange fordert, die zentrale Frage. Da müssen wir weiter kommen. Denn wenn das Höfesterben immer weitergeht, dann wird es auch immer schwieriger mit unseren Vorstellungen von der bäuerlichen Landwirtschaft. Deshalb müssen wir der breiten bäuerlichen Landwirtschaft Angebote machen. Hier brauchen wir deutliche Signale.

Was mir persönlich sehr am Herzen liegt, ist der Bereich der Neueinsteiger in die Landwirtschaft. Ich arbeite, inzwischen auch wieder auf dem Betrieb, häufig mit jungen Leuten und merke einfach, wie viele junge Menschen es gibt, die gerne einsteigen und Höfe übernehmen würden, aber nie einen Hof erben werden. Die sind sehr sehr gut und haben ein gutes Verständnis

für Landwirtschaft. Da muss dringend etwas passieren im Bereich Existenzgründungsprogramm, Gründungsprogramm, Hofbörse – was auch immer. Wir müssen es als unsere Aufgabe begreifen, dass leistungsfähige Betriebe, die keinen Hofnachfolger haben, an junge Leute vermittelt werden und dass ihnen auf der anderen Seite eine realistische Startchance gegeben wird, wie z.B. in Frankreich. Hier liegt ein Gebot der Stunde – neben den großen Themen der Halbzeitbewertung der Agenda 2000 und der Diskussion zur Agenda 2006. Themen gibt es genug. Welche Rolle der Ostendorff dabei spielen wird für die AbL, das wird man sehen.



Friedrich Ostendorff, Mitbegründer der AbL, zieht für die Grünen in den Bundestag

**Wie sieht es auf Euerm Hof aus? Muss jetzt Ulrike alles alleine schultern?**

Der Lokalredakteur hat das so formuliert: Die Patronin bleibt, der Patriat zieht von dannen. Aber wir haben noch zusätzlich einen jungen Bauernsohn aus unserer Gegend gewinnen können. Und dann sind da noch unsere Nachbarn, die genauso wirtschaften wie wir und mit denen wir schon lange zusammenarbeiten. Die haben sich bereit erklärt, den Ackerbau mit im Blick zu haben und zu sagen, wo was passiert, wenn der Bauer nicht auf dem Hof ist. Den Innenbetrieb, Kühe, Schweine, Hühner, Hofladen, das schultert Ulrike, da habe ich gar keine Sorge.

**Viel Erfolg!**



### Aldis Dumping

Die Einkäufer des Hard-Discounters Aldi haben laut Lebensmittel-Zeitung die desolate Lage auf dem Milchmarkt ausgenutzt: Die Molkereien, die an Aldi in den nächsten 12 Monaten liefern wollen, mussten ihre Abgabepreise gegenüber der im Jahre 2001 erzielten Höhe erheblich zurücknehmen. Sie liegen allerdings immer noch über denen des Preiskampf-Jahres 2000. Vertreter von Milchbauern riefen in top agrar bereits zu einem Milchstreik auf! en

### Bio-Großhändler will mehr Regionalität

Mehr als die Hälfte seines Sortiments an Bioobst und -gemüse will der Bioland-Großhändler „Ecofit Biofruchtimport GmbH“ künftig aus dem Inland und vor allem aus der Region beziehen. Bisher kommen nach Schätzung von Experten im heimischen Naturkostgroßhandel lediglich 25 Prozent aus Baden-Württemberg. Der Nitrofen-Skandal, so Ecofit, habe gezeigt, wie unübersichtliche Marktstrukturen die Biobranche gefährden. Zur Qualitätssicherung würden alle 14 Tage Stichproben untersucht. en

### RWS an Wesjohann

Die Wesjohann-PHW-Gruppe („Wiesenhof“) baut ihre Marktführung bei Geflügel durch Übernahme von 50 % der RWS-Putenproduktion im süddonenburgischen Steinfeld weiter aus. Der bisherige, nunmehr 65jährige RWS-Eigner Franz Wieferig (eng liiert mit der Schockemöhle-Gruppe) verkauft sein Unternehmen wegen familiärer Nachfolgeprobleme. en

### Keine Bauern?

In den Fachbeirat für die Entwicklung des „QS-Zeichens“ und des Sicherungssystems für Geflügel wurden aus dem Geflügelsektor berufen: Paul-Heinz Wesjohann („Wiesenhof“-Konzern), Peter Wilken (Nölke-Gruppe), Dr. Dahms (Sprehe-Gruppe) und Hans-Peter Christ (Christ oHG). pm

### Gülleseparierung für Gülletransport?

Angesichts einer dramatischen Nitrat-Belastung des Grundwassers in der Viehhaltungs-Intensivregion Bretagne hat die französische Regierung ein Gesetz zum Wasserschutz verabschiedet. Betriebe mit einem jährlichen Stickstoffanfall von über 15.000 kg (z.B. 120 Sauen im geschlossenen System) müssen laut top agrar eine Gülleseparierung bauen, die der Gülle das Wasser entzieht und so den Transport der Gülle-Feststoffe in Ackerbau-Regionen ermöglicht. en

### Agrarchemie – unerschwinglich

Weil aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise Dünge- und Pflanzenschutzmittel kaum mehr erschwinglich sind, bauen argentinische Landwirte statt Weizen und Mais verstärkt Sojabohnen an. Einerseits sind derzeit laut „Ernährungsdienst“ die Soja- Weltmarktpreise durch die Abwertung des Peso günstiger, andererseits werden importierte Betriebsmittel deutlich teurer. en

### Kirchliche Landverkäufe

Die evangelisch-lutherische Landeskirche Hannover trägt laut hannoverscher Allgemeiner Zeitung (HAZ) einen ehernen Grundsatz zu Grabe: Der lautete nämlich, dass kirchlicher Grundbesitz nicht verkauft, sondern allenfalls getauscht werden darf. In Zukunft sollen nun die einzelnen Kirchengemeinden flexibler mit den ihnen anvertrauten Werten umgehen können: Sie dürfen bestimmte Teile des Lands veräußern und 49 % des Verkaufserlöses für Baumaßnahmen und Personalkosten verwenden (u.a. über Stiftungsgründungen). Die anderen 51 % sollen gemäß einem vorgelegten Entwurf in zentral verwalteten Grundbesitz reinvestiert werden. Im Besitz der Landeskirche befinden sich in Niedersachsen 44.000 Hektar Land, davon 35.000 ha in landwirtschaftlicher Nutzung. pm

### Schwartau kündigt

Die Schwartauer Marmeladenwerke haben überraschend die Erdbeer-Anbauverträge mit sieben Holsteiner Bauern gekündigt. Grund: die hiesigen Erdbeeren für 1,25 €/kg sollen durch billigere Erdbeeren aus Osteuropa ersetzt werden. Die betroffenen Bauern hatten laut top agrar vor vier Jahren im Vertrauen auf die Schwartau-Verträge die Erdbeerflächen aufgestockt und in Lagerhallen und Maschinen investiert. pm

KURZES AM RANDE

## Milchpolitik ohne Bauern

Einseitige Berechnungen der EU-Kommission zur Zukunft der Milchpolitik

Stärkere Berücksichtigung von Umweltfolgen und die Koppelung der Prämien an Arbeitskräfte plus Obergrenzen – dafür steht bei vielen AbLern die Halbzeitbewertung der EU-Kommission. Was in dem Papier nur in wenigen Sätzen abgehandelt wird, ist die Zukunft der europäischen Milchpolitik. Grundlage für die wenigen Aussagen ist der offizielle Bericht der Kommission, den sie dem Agrarministerat zur Entscheidung vorlegen wird. Der Bericht hat es in sich. In vier Szenarien werden Möglichkeiten der Mengen- und Preispolitik auf dem Milchmarkt

lige Abschaffung der Quoten ab 2008/09, wie in der Agenda 2000 angepeilt, mit ihren Folgen betrachtet. Der Milchpreis fällt dann dramatisch auf 61,5 % unter den des Jahres 2000! Ausgeglichen werden soll der Preisverfall mit einer Verdoppelung der Direktzahlung, die in der Agenda 2000 angestrebt werden. Das heißt, für einen 40%igen Preissturz soll es einen 15%igen Ausgleich geben! Wozu die Kommission anmerkt, dass schließlich die wirtschaftliche Belastung (der Quoten) für potenziell rentabel wirtschaftende Landwirte wegfällt. Schwer beurteilen lassen sich die

möglichen Auswirkungen auf die Erzeuger und regionale Verteilung der Milcherzeugung, so die EU.

Dem vierten Modell einer A-Quote, die dem Binnenverbrauch in der EU entspricht, und einer C-Quote, die für den Export bestimmt ist, können in dem Bericht zwar ebenfalls Vorteile abgerungen werden: weniger Belastungen durch Lager- und Interventionskosten,



Soll es nach Plänen der EU 2010 nur noch Melkkarusselle geben?

Foto: Schimpf

durchgerechnet. Im Mittelpunkt stehen die Kosten für den EU-Haushalt für Lagerung, Subventionen für Export und Binnenverbrauch sowie die internationalen Marktanteile der EU. Die Folgen für Bauern und Bäuerinnen werden ausdrücklich nicht analysiert.

Ausgehend von der Agenda 2000, die eine schrittweise Kürzung des Interventionspreises für Magermilchpulver und Butter sowie eine Ausweitung der Quoten um 2,4 % vorsieht, folgen Berechnungen und Vorschläge für einzelne Marktbereiche. Im ersten Modell werde durch die Agenda-Maßnahmen sowohl der Aufbau neuer Interventionsbestände vermieden als auch die Ausgaben für Ausfuhren und den Binnenverbrauch gesenkt. Das Angebot und die Nachfrage pendele sich im Rindfleisch- und im Milchbereich ein.

Auch bei einer Fortführung der Agenda mit weiteren Senkungen des Interventionspreises auf 70 % des Niveaus von 2000 und einer 3 % Ausweitung der Milchquoten bis 2010, soll es im Modell zwei ähnlich aussehen. Durch die höheren Direktzahlungen, die rund 50% der Einnahmeverluste der Milchbauern ausgleichen sollen, werde jedoch der EU-Haushalt belastet. Als dritte Möglichkeit wird die völ-

gute „Ausfuhrkapazität“. Doch vor dem Hintergrund des letzten Schiedsspruchs der Welthandelsorganisation (WTO) gegen die kanadische Praxis der A-C-Quoten gebe es starke Zweifel in Bezug auf die Vereinbarkeit mit den Regeln der WTO.

In eine Fußnote verbannt wurden Überlegungen, die Quoten auf den gegenwärtigen nicht subventionierten Verbrauch in der EU zu kürzen. Als Folge steige das Einkommen für Landwirte und die öffentlichen Ausgaben sanken auf Null, die Ausfuhren gingen deutlich zurück, während die Preise in den Läden für die Konsumenten stiegen. In den Augen der Gutachter stehe dies aber einer Liberalisierung des Milchmarktes entgegen und sei demnach zu verwerfen.

Fragen wirft auch die Einschätzung zu den Umweltfolgen auf, die in dem Bericht auf die Anzahl der Kühe und ihre Erzeugung von Treibhausgasen reduziert wird.

Was ist das für eine Politik für den ländlichen Raum, in der Weltmarktanteile von EU-Produkten wichtiger sind als das Einkommen der Bäuerinnen und Bauern, die mit dem knappen Satz abgespeist werden „und den Milcherzeugern eine angemessene Lebenshaltung gewährleistet“? ms



Vor drei Jahren: Als Biobetrieb vermarkteten wir unsere Milch an eine konventionelle Molkerei. Wir kündigten den Liefervertrag, als eine große Biomolkerei Milch in unserer Region suchte. Vor einem Jahr: Endlich waren wir frei von unseren Lieferverpflichtungen! Nun konnten auch wir unsere Milch biologisch vermarkten. Mittlerweile boten sich zwei Abnehmer an: besagte große Biomolkerei 300 km entfernt und eine kleine Käserei aus der Region.

#### Betriebsspiegel:

Der Familienbetrieb liegt in Hohenlohe. Seit 1997 wirtschaften wir nach den Biolandrichtlinien. Auf dem Hof leben drei Generationen. 35 ha Dauergrünland, 26 ha Ackerland, davon 10 ha Klee gras, 11 ha Futtergetreide, 4 ha Emmer, 1 ha Einkorn 1 x wöchentlich Marktstand mit selbstgebackenem Brot; 35 Fleckviehkühe mit Nachzucht, 15 Muttersauen

Eine Entscheidung musste her. Beide Unternehmen hatten natürlich ihre Haken. Der große Abnehmer lockte mit seinen guten Produkten, seiner langjährigen Vermarktungserfahrung, einem hohen Auszahlungspreis und einem soliden wirtschaftlichen Fundament. Gegen die Molkerei sprach der lange und damit nicht gerade sehr ökologische Transport sowie nicht eingehaltene Versprechen bezüglich Transportkostenbeteiligung gegenüber den hiesigen Lieferanten.

Für die kleine Käserei sprach die Regionalität, schmackhafter Käse und ein noch höherer Auszahlungspreis. Die damit einhergehende Verpflichtung, Heumilch zu produzieren, bedeutete für uns nicht nur Last sondern auch Lust, zumal wir technisch bereits einigermaßen gut eingerichtet waren. Der Haken war mangelndes Vertrauen unsererseits in die wirtschaftliche Stabili-

tät, da wir bereits vor vier Jahren mit eben dieser Käserei eine Bauchlandung erlitten hatten.

Es folgte ein langer nervenaufreibender Entscheidungsprozess. Mal waren wir von der einen Möglichkeit überzeugt, mal von der anderen. Wir schwankten in unseren Überlegungen hin und her, in etwa so: Wir wollen dahin liefern, wo auch unsere Biokollegen hinliefern, denn nur gemeinsam sind wir stark. Wir wollen neue Wege gehen, etwas wagen, nicht alles so machen, wie die anderen.

Silage stinkt und ist schwer, Heufüttern ist eine angenehme Arbeit. – Silieren ist effizienter und stressfreier als den ganzen Sommer lang Heu zu machen und ständig zu bängen, ob das Wetter wohl hält.

Irgendwann konnte keiner mehr das Thema hören, weder wir selbst noch die Eltern, geschweige denn unsere

Freunde. Wir unterschrieben den Vertrag mit der großen Molkerei. Uff, die Entscheidung war endlich getroffen! Oder etwa doch nicht? Unser Briefträger hielt den Brief an die Molkerei zum Weiterleiten quasi schon in der Hand, als sich Martin eines Besseren besann und den Vertrag kurzerhand in den Papierkorb warf. Nach anfänglicher Fassungslosigkeit ging ein heimliches Aufatmen durch unsere Reihen. Martin hatte die Entscheidung getroffen, doch das Risiko einzugehen, und sie uns somit abgenommen. Wir schlossen also einen Liefervertrag mit der kleinen Käserei ab, die nun zweitäglich mit kleinem Transporter unsere Milch abholt. Unsere Entscheidung haben wir bis jetzt noch nicht bereuen müssen.

Aber was wäre eigentlich, wenn der Briefträger unseren Brief doch mitgenommen hätte? Wir hätten Fahrtilos gebaut und vielleicht einen etwas weniger arbeitsreichen Sommer gehabt (mit eventuell auch mal Zeit zum Baden?). Doch stünden wir nun schon wieder da mit unserer Milch auf der Suche nach einem neuen Abnehmer, denn der großen „soliden“ Molkerei geht es leider mittlerweile wirtschaftlich ziemlich schlecht. Die Betreiber versuchen schon seit längerem, die Lieferanten aus unserer Region loszuwerden, indem sie sich an Preisabsprachen nicht halten und den Bauern nahelegen, sich nach einem anderen Verarbeiter umzuschauen.

In diesem Fall hatten wir mal Glück mit unserer Entscheidung, aber es hätte auch anders kommen können! Und in Anbetracht der derzeitigen Situation auf dem Milchmarkt kann es leider auch jederzeit anders kommen. Bleiben wir zuversichtlich!

*Juliane Honerla*

## Die Entscheidung

Unser Hof liegt in Heggelbach, einem kleinen Weiler 15 km nördlich von Überlingen am Bodensee, in einer hügeligen Endmoränenlandschaft auf 600 m Höhe. Seit 1986 bewirtschaften wir den Hof, anfangs 45 ha und heute 95 ha, biologisch-dynamisch. Wir, Rolf und Karin Raneburger mit Alexandra und Sebastian, Thomas und Ulrike Schmid mit Lena und Olivia, leben und arbeiten seit 17 Jahren auf dem Hof. Zwei festangestellte Mitarbeiter in Käserei und Stall, zwei Lehrlinge und viele Waldorfpflichtanten unterstützen uns bei der Arbeit.

Die Milch unserer 45-köpfigen Braunviehherde wird in unserer Hofkäserei zu vier verschiedenen Sorten Käse verarbeitet. Das Futter, im Winter ausschließlich Heu, kommt von 45 ha Wiesen und Weiden. Auf 50 ha Acker pflegen wir unser zweites großes Standbein, ca. 12 ha Feldgemüse und 6 ha Kartoffeln. Diese Produkte werden alle an den Naturkostgroßhandel und eine Supermarktkette im Allgäu verkauft. Klee gras, Speise- und Futtergetreide werden auf den restlichen Ackerflächen angebaut. Wir mästen ca. 300 Schweine im Jahr, die zusammen mit der Molke aus der Käserei prächtig gedeihen.

Seit zehn Jahren ist der gemeinnützige Mercurialis-Verein Eigentümer der Flächen des Hofes. Den Hof in einer Betriebsgemeinschaft zu führen, hat uns viele Höhen und Tiefen durchleben las-



## Menschen finden

sen, und uns gelehrt, diese auch weiterhin zu akzeptieren. Mit den eigenen Stärken und Schwächen umzugehen erfordert sehr viel Aufmerksamkeit. Dies gilt auch gegenüber allen auf dem Hof lebenden Menschen.

Um vor diesem Hintergrund einen vielseitigen landwirtschaftlichen Betrieb gemeinsam zu führen, die Ideen und die gesteckten Aufgaben, nicht aus den Augen zu verlieren und das Ganze auch noch wirtschaftlich zu gestalten, hat uns immer wieder Grenzen aufgezeigt.

Deshalb haben wir Betriebszweige ein-

gerichtet, die hinsichtlich Aufgabe, Verantwortung und Wirtschaftlichkeit klar umrissen sind. Dabei ist es wichtig den Gesamtorganismus nicht aus den Augen zu verlieren.

Unsere derzeitige Herausforderung ist es, für einzelne Bereiche Menschen zu finden, die voll verantwortlich und eigenständig diese Arbeit aufnehmen. Wir wollen gleichzeitig auch Perspektiven schaffen, wie ein Ein- und Ausstieg aus der Betriebsgemeinschaft möglich ist, ohne den Hof und die Ausscheidenden zu belasten. Für uns ist Heggelbach ein wunderschöner Ort zum Le-

#### Betriebsspiegel:

Der biologisch-dynamische Hof liegt in der Nähe des Bodensees. Von den 95 ha sind 45 ha Grünland und von den 50 ha Ackerland werden auf 12 ha Feldgemüse und 6 ha Kartoffeln angebaut. Die Milch der 45 Braunviehkühe wird selbst verköst. Jährlich werden 300 Schweine ausgemästet. Auf dem Hof leben und arbeiten fünf Erwachsene, zwei Lehrlinge und vier Kinder

ben und Arbeiten, und wir freuen uns immer über Menschen, die sich mit uns auf neue Aufgaben einlassen.

*Ulrike und Thomas Schmid*

### Roggen für Intervention?

Vor allem auf den auf die Roggenproduktion angewiesenen leichten Böden macht das angekündigte Ende der Roggenintervention den Bauern große Sorgen. Laut „Volksstimme“ wurden von der letzten Ernte in ganz Deutschland 20 Prozent der Roggenernte der Intervention angehängt, davon allerdings 94 Prozent aus den neuen Ländern. Bei einer Tagung des Getreideausschusses der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung führte Bauernverbands-Geschäftsführer Vierenklee (Bauernverband Mittlere Elbe) die Roggen-Überproduktion darauf zurück, dass die Roggenintervention für Betriebe auf guten Böden ein lukratives Geschäft sei. Während die Agrarbetriebe auf leichten Standorten existenziell auf Roggenanbau angewiesen seien, hätten sich Börde-Betriebe dem Roggen speziell für die Intervention zugewandt. Eine Beibehaltung der Interventionspreise lasse sich angesichts der bisher niedrigeren Roggenpreise im Beitrittsland Polen nicht durchhalten. Vierenklee forderte u. a. eine verstärkte Forschung für einen besseren Einsatz von Roggen in der Schweinefütterung. en

### Biogasanlage manipuliert

Eines der größten Fischsterben der letzten Jahre im Oldenburger Land hat ein Landwirt verursacht, der verbotenerweise an einem Rohr seiner Biogas-Anlage, die wegen illegaler Inbetriebnahme gerade „heruntergefahren wurde“, manipuliert hatte. en

### Reicher Pleitier

Die größte Vieh-Ranch Kanadas gekauft hat sich Bernie Ebbers, der ehemalige Chefmanager des maroden WorldCom-Konzerns, kurz bevor er den Konzern in die größte Pleite aller Zeiten bilanzmanipulierte. Die Douglas Lake Ranch bei Vancouver ist 66.000 Hektar groß, 100 Angestellte sind für 22.000 Rinder und 300 Pferde zuständig. Die WorldCom-Konkursverwalter wollen verhindern, dass Ebbers die Ranch weiterverkauft, weil der mit fimeigenen Darlehen gekaufte Besitz zur Konkursmasse gehöre. en

### „Es braucht ein Dorf für Kindererziehung“

„Es braucht ein Dorf, um ein Kind zu erziehen“ – dieses afrikanische Sprichwort stellte die Psychologin Karin Grossmann in den Mittelpunkt ihres Vortrags beim 3. europäischen Symposium für Kindesentwicklung in Hamburg. Unsere Gesellschaft habe ihr „Dorf“ verloren: es gebe viele Kinder ohne Großfamilie oder sichere Bindungen an mindestens einen fürsorglichen Elternteil. Das aber sei maßgeblich für den Erfolg in



Foto: Eisenberg

Schule, Beruf und Partnerschaft so ein Bericht in der Frankfurter Rundschau. In einer sich radikal verändernden Welt solle man jedoch keinen Schutzwall um Kinder errichten, sondern das „Vertrauen in die individuellen Stärken des Kindes zum Kompass der Erziehung machen“ – nach dem Prinzip der Ermutigung zum „Selbermachen“. Einwirken können Eltern vor allem über die Vorbildfunktion: Selbstdisziplin und Souveränität in Problemsituationen würden vom beeindruckten Nachwuchs nachgeahmt. Nachtrag meinerseits: Auf Bauernhöfen können Kinder ihre Eltern nicht nur in der Freizeit nach Feierabend erleben, sondern den ganzen Tag auch bei der Arbeit. Eine Riesenchance für Eltern und Kinder – wenn man richtig lebt und arbeitet. en

## Multi-Genossenschaft „Farmland Industries“ pleite

Die größte US-Genossenschaft Farmland Industries, Missouri, ist zahlungsunfähig und wird derzeit nur mit einem Kredit eines Bankenkonsortiums (unter Führung der Deutschen Bank) fortgeführt. Der Fusions- und Expansionskurs eines der größten US-Unternehmen („Vom Farmer bis auf den Tisch“) ist damit laut „Ernährungsdienst“ gescheitert. Insgesamt machte Farmland im letzten Jahr bei 11,8 Mrd. Dollar Umsatz hohe Verluste (90 Mio plus 45 Mio Dollar) und Schulden in Höhe von 1,9 Mrd. Dollar. Das Riesen-Unternehmen hat 1.700 ländliche Genossenschaften als Gesellschafter und betätigt sich neben dem Bezugs- und Absatzgeschäft vor allem in folgenden Bereichen: Düngemittelwerke, Erdölraffinerien, Umschlagsanlagen für Getreide, Mischfutterwerke, Verarbeitungsbetriebe für Rinder, Schweine und Fisch. Unter an-

derem besteht ein „Marketing-Joint-Venture“ mit dem Rohstoff-Multi Archer-Daniels-Midland (dem auch die Ölmühle Hamburg und weitere Ölmühlen in Deutschland gehören). Die Schieflage von Farmland Industries führen Branchenkenner auf die massiven Investitionen in die Düngemittel-, Fleisch- und Getreideverarbeitung zurück. Mittlerweile wurde die Getreidehandelsfirma Tradigrain mit Sitz in der Schweiz abgestoßen. Der Konzern Smithfield Foods Inc., Inhaber riesiger Schweinebestände und Fleischverarbeitungswerke und Marktführer in den USA, will nun von Farmland weitere entsprechende Unternehmensteile zukaufen. Der US-Getreide- und Rohstoff-Multi Cargill erklärte Kaufinteresse an der Firma Farmland Hydro, einem gemeinsamen Unternehmen von Farmland und dem Düngemittel-Multi Norsk Hydro. en

## Agrarholdings, Kolchosnachfolger und Kleinbetriebe

In Russland bilden sich derzeit neue riesige Agrarindustrie-Strukturen heraus: Russische Gas-, Öl- und Chemiekonzerne sowie Banken haben laut FAZ seit zwei Jahren fast eine Milliarde Dollar in Agrarholdings investiert. Diese lassen in Betriebseinheiten von 10.000 bis 100.000 Hektar unter Verwendung moderner Landtechnik intensive Agrarproduktion betreiben. Auch das US-Wirtschaftsmagazin „Forbes“ berichtet von reichen russischen „Oligarchen“, die ihre Milliarden in „legale Wirtschaftszweige“ wie die Agrarwirtschaft investieren: Zum Beispiel der mit 1,8 Milliarden US-Dollar zweitreichste Russe Vladimir Potanin aus dem Öl- und Nickelgeschäft, dessen Holding Interros/Agros mittlerweile ein wichtiger Geflügelproduzent und der zweitgrößte Schweinefleisch-Anbieter des Landes ist und 55 % am größten russischen Getreidehändler RosChlebprodukt hält. Die gepachtete Fläche von derzeit 80.000 ha soll binnen 5 Jahren auf eine Million Hektar gesteigert werden. Im russischen Agrarsektor, so Potanin, gebe es fast keinen Wettbewerb. Auf zehn Prozent der russischen Flächen werden so laut FAZ von Agrarholdings bereits 20 Prozent der Agrarproduktion erzeugt. Die Rostower Holding Jug Rossii bewirtschaftet z.B. bereits 150.000 Hektar, ist der größte russische Sonnenblumen-Exporteur mit eigener Ölmühle, Brot- und Wurstfabriken Wachstum und abnehmende Verluste verzeichnen laut FAZ auch die Nachfolgebetriebe

der Kolchosen und Sowchosen, die künftig – so die Hoffnung der russischen Regierung – zum Export beitragen sollen. Der Kauf und Verkauf von Agrarflächen soll noch in diesem Jahr durch ein neues Grundstücksverkehrsgesetz ermöglicht werden. Beobachter sehen hierin vor allem eine Begünstigung seitens der Regierung für das Entstehen weiterer Agrar-Holdings, die so Zugriff auf das Land der Kolchosen erhalten. Ausländer können Land für 49 Jahre pachten. Es soll Höchstgrenzen für die Bodenkonzentration in den Händen einzelner Eigentümer geben, kontrolliert durch die Staatsorgane in den Regionen. Kommentatoren befürchten, dass die neuen Riesenkonglomerate der „neuen Oligarchen“ das Wachstum von kleineren und mittleren Firmen und damit die Entwicklung der ganzen russischen Wirtschaft hemmen werden. Das im vergangenen Jahr verabschiedete Bodengesetzbuch lässt privates Bodeneigentum für städtische Flächen und Datschen bereits jetzt zu. Auf diesen kleinen privaten Grundstücken werden 40 % der Rinder, 50 % der Schweine und 90 % der Gemüse- und Kartoffelernte erzeugt. Offen ist noch, welche Entwicklung diese private Landwirtschaft nehmen wird, zu der auch 270.000 private „Farmbetriebe“ mit durchschnittlich 53 ha gehören. Offen auch, welche Rolle ausländische Investoren in Russland spielen werden. Es gibt bereits etliche Gemeinschaftsunternehmen von US-Konzernen im Geflügelsektor. en

## Gene von Nutztieren: Ein Geschäft der Zukunft

Weil die industrielle Tierproduktion zur genetischen Einfalt neigt, wird sie künftig verstärkt auf die traditionellen Rassen angewiesen sein. Das Interesse der Industrie und der Forschung an den nützlichen Eigenschaften dieser Rassen steigt; Patentanmeldungen sind absehbar.

Das „Red Maasai“-Schaf aus Kenia ist resistent gegen Wurmbefall, ein Problem, mit dem Schafhalter in Australien, Neuseeland und anderen Teilen der Erde kämpfen. Dort haben sich die Parasiten bereits an die gängigen Entwurmungsmittel angepasst und die Schafzüchter stehen vor der Frage, wie sie die Würmer in ihren Tieren bekämpfen können. Das International Livestock Research Institute (ILRI) in Nairobi entwickelt gentechnische Werkzeuge zur Suche nach den wertvollen Wurm-Resistenzgenen von „Red Maasai“-Schafen, mit denen Hochleistungsrassen ausgestattet werden könnten. Die Gentechnik soll in Zukunft auch solche Gentransfers ermöglichen. Doch wem gehören die Gene? Wie kann die Vielfalt der Tierrassen erhalten werden? Bisher blieben die Nutztierassen von den internationalen Abkommen zur Biodiversität weitgehend unberücksichtigt. Die Landwirtschafts- und Ernährungsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) hat ca. 6.400 Rassen von etwa 40 Nutztierarten registriert. Ein Drittel dieser Rassen steht vor dem Ausster-

ben oder ist bereits verloren, warnt die FAO. Die Gründe dafür liegen bei der Verbreitung von spezialisierten Hochzuchtstrassen im Süden, sowie bei den nationalen und internationalen Wirtschafts- und Entwicklungspolitiken, die die industrielle Tierproduktion fördern. Dabei geraten lokale traditionelle Produktionssysteme ins Abseits, trotz ihrer erheblichen wirtschaftlichen Bedeutung. Über die Gefahren der Handelsliberalisierung für die lokalen Rassen gibt es selbst bei Experten wenig Bewusstsein.

Mehrere Hundert Millionen Menschen im Süden leben von und mit traditionellen Nutztierassen. Diese Rassen und Tierproduktionssysteme passen zu Umwelt, Wirtschaft, Gesellschaften und Kulturen des Südens; Dagegen haben die Hochleistungsrassen aus dem Norden und auch Kreuzungen im Süden oft versagt. Das Nguni-Rind in Südafrika ist genügsam und widerstandsfähig. Eine staatlich geförderte Kreuzung mit europäischen Hochleistungsrassen setzte bessere Haltungsbedingungen voraus, die für die Kleinbauern unerschwinglich waren. Nun

greift man wieder auf die inzwischen dezimierten Nguni-Rinder zurück. Die Raika aus Rajasthan in Indien haben Schafassen, die an extreme Temperaturen gewöhnt sind. Sie halten mehrere Rassen nebeneinander, um gegen die Risiken dieser Wüstenregion gewappnet zu sein. Häufig wird neben einer widerstandsfähigen Rasse, die in schlechten Jahren ein Minimaleinkommen sichert, auch eine produktive lokale Rasse gehalten, um gute Jahre zu nutzen.

Regionen, die sich für den Anbau von Nahrungspflanzen kaum eignen, können durch Weiden genutzt werden. Gerade weil sie heute oft an die Grenzen von Überweidung und Naturschutz stoßen, müssen diese Weidesysteme und Rassen verbessert werden – ein Weg aus der Armut für die besonders einkommensschwachen Hirtenvölker. In den traditionellen Rassen gibt es auch kommerziell verwertbare Gene, und die Hochleistungs-Tierproduktionssysteme könnten künftig sogar auf Gene der traditionellen Rassen angewiesen sein. Das Vordringen des Patentrechtes erfordert einen wirksamen

Schutz der traditionellen Rechte von Bäuerinnen und Bauern. Biopiraterie könnte schon bald auch den traditionellen TierhalterInnen Einkommensmöglichkeiten entziehen. So wurde in Neuseeland ein Gen, das für Mehrlingsgeburten bei Merinoschafen sorgt, als Patent angemeldet. Es stammt aus einer indischen Schafrasse.

Die Erhaltung und Weiterentwicklung der traditionellen Nutztierassen ist eine gesellschaftliche Aufgabe. Hirtenvölker und andere traditionelle tierhaltende Gemeinschaften brauchen dafür internationale Absicherung und Unterstützung. Der Aktionsplan der internationalen Zivilgesellschaft anlässlich des FAO-Welternährungsgipfel 2002 dokumentiert: Die Rechte von Hirtenvölkern und TierhalterInnen werden von über 600 Nichtregierungsorganisationen eingefordert und ein internationaler Vertrag über tiergenetische Ressourcen für Landwirtschaft und Ernährung angemahnt, ähnlich wie der Internationale Vertrag über Pflanzengenetische Ressourcen, der im November 2001 abgeschlossen wurde.

Susanne Gura

## Handelsliberalisierung gefährdet Nutztierassen

Hier geht es um zwei verschiedene Lebenserfahrungen von mexikanischen TierhalterInnen; nennen wir sie John Global, ein Bauer aus Zentralmexiko und Jane Wise, eine Tzotzil-Indianerin aus dem Hochland von Chiapas. Bis 1970 haben beide Schafe einheimischer Rassen gehalten: John Global für den Verkauf von Wolle und Fleisch, Jane Wise zur Verarbeitung der Wolle und um Dünger für ihre Felder zu erhalten.

1970 verbreitete die mexikanische Regierung Kreuzungen mit Suffolk-Schafen in Zentralmexiko. John Global hatte mit 200 der neuen Schafe ein gutes Auskommen, die Kreuzungen galten als Erfolg. Die alte Rasse starb aus und niemand sorgte sich um den Verlust.

Die Merinokreuzung, die in Chiapas eingeführt werden sollte, war dagegen ein Misserfolg, denn die exotischen Tiere überlebten die harten Bedingungen nicht. So lebte Jane Wise statt von den Merinokreuzungen weiterhin von von den zehn Tieren ihrer lokalen Rasse.

1995 wurden Handelsabkommen mit Australien und Neuseeland abgeschlossen, die zollfreie Importe von

Wolle und Lebendtieren nach Mexiko zuließen. In der Folge brach der mexikanische Markt für Wolle und Schaffleisch völlig zusammen. In Zentralmexiko wurde die Schafzucht aufgegeben; John Global und viele seiner Kollegen emigrierten nach Mexiko-City oder in den Süden der USA.

Wer sich für die Lebensbedingungen der Landbevölkerung des Südens und/oder der Erhaltung der landwirtschaftlichen Biodiversität interessiert, wird fragen: Wer ist für das Aussterben der lokalen Rasse verantwortlich? Hat die Landwirtschaftsbehörde John Global nach seiner Meinung, seinen Zielen und Vorlieben gefragt, bevor sie entschied, dass die einheimischen Rassen gekreuzt werden sollen und die exotische Rasse aussuchte? War sich die mexikanische Regierung bei Abschluss des Handelsabkommens bewusst, dass die Schafhalter in Zentralmexiko ihren Lebensunterhalt verlieren?

Im Hochland von Chiapas versucht die Regierung derzeit, wegen der niedrigen Wollpreise eine Kreuzung einzuführen, deren Fleisch vermarktbar ist. Ein weiterer Misserfolg ist absehbar, denn die

Religion der Tzotzil verbietet es, Schafe zu töten und Fleisch zu essen.

Jane Wise fährt also fort, die Wolle ihrer lokalen Rasse zu spinnen und zu weben, der „echten Schafe“, wie sie auf Tzotzil heißen. Die weiße, braune und schwarze Wolle wird für die typischen Webarbeiten der Tzotzil gebraucht, und der Dünger für die Felder.

In Chiapas ist die traditionelle Schafzucht

durch Handelsliberalisierung in Gefahr. Wird Jane Wise sich weiterhin gegen die Kreuzungen wehren? Sollten nicht die Leistungen und die Meinung von Jane Wise respektiert und sie und die vielen indigenen TierhalterInnen rund um den Globus besser unterstützt werden?

Paul Perezgrovas,

Institut für Indigene Studien,  
Universität Chiapas, Mexiko



Die Schafhaltung in Chiapas ist aufgrund billiger Wollimporte kaum noch rentabel.

Foto: Perezgrovas



## Lebensmittelhandel bietet Fleisch mit Prüfzeichen an

Vorsichtiger Start. Kritik an zu niedrigen Kriterien und lückenhaften Kontrollen bleibt.

Da liegen sie nun endlich, glänzend eingepackt, direkt zum Zugreifen, ohne störende Schlange vor der Fleischtheke, aber auch ohne Erklärungen von Verkäuferinnen: Das erste Fleisch, das das Prüfzeichen Qualität und Sicherheit (QS) trägt, gibt es ausschließlich zur Selbstbedienung. Dass der Start ausgerechnet in Discountern stattfindet, stärkt das Vertrauen in die Qualität der Produkte kaum. Seit Mitte September gibt es flächendeckend bei Wal Mart QS-geprüftes Fleisch, begleitet von Broschüren, die Kunden über das Qualitätsprodukt aufklären sollen. Ende September folgte Metro, ebenfalls flächendeckend.

### Zurückhaltender Start

Während sich die QS GmbH um Optimismus bemüht und schon bald auch für Obst und Geflügel das Prüfsiegel einführen will, sind andere Lebensmittel Einzelhändler zurückhaltender. Rewe will erst im November und dann nur in einer Filiale starten, ebenfalls mit Fleisch zur Selbstbedienung. Das QS-geprüfte Fleisch soll nicht in die Angebotsaktionen mit aufgenommen werden, so ein Rewe-Vertreter. Tengelmann-Chef Peter Zühlendorf ist noch zurückhaltender. Obwohl er selbst Vorsitzender der QS Gesellschafterversammlung ist, sieht er keinen Grund zur Eile. Gegenüber der Lebensmittelzeitung warnte er, die Probleme der Fleischwirtschaft würden mit der Einführung von QS nicht gelöst. Bei Tengelmann gehe deshalb Sicherheit vor Schnelligkeit. Auf welche Sicherheit, wenn nicht die von der Qualität und Sicherheit GmbH auditierte, geprüfte und zertifizierte Zühlendorf setzt, verrät die Lebensmittelzeitung ihren Lesern leider nicht.

Der in der Branche preisangebende Discounter Aldi will bis Jahresende erstmals Frischfleisch anbieten, das dann auch das QS-Zeichen tragen soll. In unternehmensbewährter Weise plant Aldi Nord Schnelldreher, das heißt Produkte mit raschem Umsatz wie Hackfleisch und Bratwürste, zu verkaufen. Aldi Süd hat sich noch nicht entschieden, würde aber zunächst nur in einzelnen Testregionen starten.

### Deutliche Kritik des LEH

Klare Wort findet Rolf Heidenberger von Edeka Nord zu den Kriterien von QS: „Ware, die die Kriterien von QS erfüllt, gibt es bei uns schon seit Jahren zu kaufen. QS ist eigentlich eine Werbung mit Selbstverständlichkeiten.“



Nur in Selbstbedienung können Verbraucher seit September in den ersten Läden QS-zertifiziertes Fleisch kaufen.

Foto Jasper.

Ohne Mittel für die Werbung, würde er kein QS-geprüftes Fleisch anbieten (s.u. „Wir werden das Zeichen nutzen, weil es dafür Geld gibt“). Ebenso stellt er die Frage nach der Aussage der Überprüfungen von QS. Erst wenn alle seine Märkte überprüft seien, wolle er an den Verbraucher heran gehen und auf QS hinweisen. Die Vorgaben der QS GmbH mit einer Erstüberprüfung von nur 10 Prozent der Betriebe und der große Zeitraum der Folgekontrollen alle drei Jahre, hält er für wenig vertrauensweckend. Überzeugt von seiner Hausmarke „Gutfleisch“, die schärfere Kriterien als QS hat, betont Heidenberger die zu lasche Gestaltung des QS Zeichens.

Für Markenartikel bietet das QS-Zeichen nur wenig Reize. Unilever Deutschland, so die Lebensmittelzeitung, will z.B. „Bifi“ nicht mit QS bewerben. Andere Stimmen in der Fleischbranche sehen die Gefahr, dass bei Verstößen innerhalb des QS-Systems der Ruf der anderen zertifizierten Produkte in Mitleidenschaft gezogen werde.

### Weiter Kritik an Niveau

Auch der Bundesverband der Verbraucherzentralen (vzbv) bemängelt zu niedrige Kriterien, vor allem im Hinblick auf Tierschutz und Einschränkungen des Einsatzes von Gentechnik in Futtermitteln. Dass Betriebe unter QS vermarkten dürfen, die noch gar nicht überprüft wurden, ruft beim vzbv Kopfschütteln hervor. Zusätzlich wird das Fehlen von Sanktionskriterien bemängelt.

Der Dauervorwurf des Bauernverbandes gegen zu wenig Planungssicherheit spielt Landwirtschaftsministerin Renate Künast gekonnt zurück: Laut Süddeutsche Zeitung hätte sie sich gewünscht „schon jetzt Aussagen über einen verbindlichen Zeitrahmen für artgerechte Tierhaltung“ von der QS Gesellschafterversammlung zu hören, der für Bauern und Verbraucher sinnvoll wäre.

### Mehraufwand bezahlen

„Wenn ein Landwirt eine höhere Leistung abliefern, praktisch zum Wohle des Verbrauchers, dann hat man dem Landwirt gefälligst auch mehr Geld zu bieten. Es ist unerhört, wenn jemand der Meinung ist, der Landwirt soll eine höhere Qualität praktisch zum gleichen Preis bringen!“ Das äußert kein Landwirt sondern Rolf Heidenberger von Edeka Nord.

ms

## „Wir werden das Zeichen nutzen, weil es dafür Geld gibt“

Diesen Grund nennt Rolf Heidenberger von Edeka Nord für die Beteiligung des Unternehmens an der Überprüfung und Zertifizierung durch die Qualität und Sicherheits GmbH (QS). „Für QS stehen ja Töpfe zur Verfügung, an die wir als Edeka Nord natürlich auch heran müssen. Ansonsten brauchen wir QS nicht, weil wir die Standards längst erfüllen.“ Der Topf ist die Centrale Marketing-Gesellschaft der Agrarwirtschaft (CMA). Dafür dass Edeka Nord in einigen Wochen in Anzeigen und auf Flugblättern auf das QS-Zeichen auf seinen Fleischwaren hinweist, finanziert die CMA einen Teil der Werbekosten. Mit Bauerngeldern, die die CMA nach dem Absatzfondsgesetz über Schlachthöfe, Molkereien, Eierpackstellen, Zuckerfabriken, Ölmühlen oder Brauereien von den Bäuerinnen und Bauern einzieht, kann der Lebensmittel Einzelhandel erneut seine Werbung finanzieren. Kooperative Marke-

tingmaßnahmen mit dem Handel macht die CMA schon lange. Das ist nicht neu, doch immer wieder bitter für Bauern, die von den Schlachthöfen bislang keine Zusage über längere Zeit einen Preisaufschlag für die umfangreiche Dokumentation für die QS-Zertifizierung bekommen haben. Mit Bauerngeldern wird nun die Werbung für eine Produktionskontrolle finanziert, an deren Chancen beim nächsten Lebensmittelkandal die Folgen für die Landwirte abzuschwächen mehr als leise Zweifel bestehen.

### Welcher Vorteil?

Die Frage, worin der Vorteil für den einzelnen Landwirt liege, wenn mit seinen Beiträgen die Werbung des Lebensmitteleinzelhandels unterstützt wird, trifft auf wenig Verständnis in der Werbeabteilung der CMA. Schließlich diene das der Absatzsicherung deutscher QS-Ware.

ms

## Vorschriften behindern regionale Fleischvermarktung

Rechtliche Hemmnisse einer Fleischverarbeitung und -vermarktung durch Landwirte und Metzger

Die Herkunft des Fleisches ist heute zu einem der wichtigsten Qualitätssignale für Verbraucher geworden. Das Fleischerhandwerk und zunehmend auch selbstvermarktende Landwirte stehen für eine regionale Qualität. Eine Flut von Vorschriften, insbesondere die Fleischhygienevorschriften, aber auch Kennzeichnungsregeln und das Gewerberecht erschweren unnötigerweise ihre Arbeit, verteuern ihre Produktion und benachteiligen daher die von vielen Verbrauchern gewünschte regionale Vermarktung von Fleisch. Kurzgefasst ist dies Ergebnis einer im Auftrag des Deutschen Bundestages erstellten Studie. In ihr werden die Wirkungen rechtlicher Regelungen auf die Situation des fleischverarbeitenden Handwerks untersucht. Insbesondere die EU-weit geltenden Lebensmittelhygiene-Vorschriften antworten auf die Risiken einer zunehmend international agierenden und arbeitsteilig ausdifferenzierten Fleischwirtschaft. Sie gelten weitgehend unabhängig davon, in welchen tatsächlichen Arbeitsabläufen Schlachtung, Verarbeitung und Vermarktung von Fleisch vollzogen werden und wirken ihrerseits zurück auf die Strukturen des Gewerbes.

### Überholt: Das Gewerberecht

Die Vorschriften des nationalen Gewerberechts betreffen insbesondere die Wirtschaftlichkeit direktvermarktender landwirtschaftlicher Betriebe. Eine Auswirkung auf die Qualität des angebotenen Fleisches haben sie nicht. Die Gewerbeordnung legt fest, dass die Produktion von Rindervierteln noch zur landwirtschaftlichen Urproduktion zählt. Alle darüber hinaus gehenden Tätigkeiten des Zerlegens und Verarbeitens werden als gewerblich eingestuft. Ein Landwirt kann, um die Einstufung seines gesamten Betriebes in das Gewerbe zu vermeiden, lediglich in einem sogenannten „unerheblichen Umfang“ gewerblich tätig werden. Der genaue Umfang wird jedoch erst nach Ablauf des Wirtschaftsjahres von der Handwerkskammer festgelegt und ist daher mit großen Unsicherheiten belegt. Er kann auch einen „gewerblichen Nebenbetrieb“ anmelden. Diese Grenze ist aber ebenfalls schnell ausgereizt. Betriebe gehen daher dazu über, eigenständige Gewerbebetriebe anzumelden und diese einem Familienmitglied zu überschreiben. Die Handwerksordnung fordert einen formalen Befähigungsnachweis (Meisterbrief) für die Ausübung des Fleischerhandwerks. Landwirtschaftliche Betriebe müssten dazu einen Meister

einstellen und diesen an Gewinn und Verlust des Betriebes beteiligen. Meist umgehen die Betriebe diese praxisferne Regelung oder lassen die Weiterverarbeitung der Fleischwaren von eingetragenen Handwerksbetrieben im Lohn erledigen. Da selbst aus Sicht der befragten Metzgereibetriebe die Hand-

lediglich in der baulichen Ausstattung. Die starre Verarbeitungsgrenze von 20 GV schränkt die Auslastung und damit die Wirtschaftlichkeit der Betriebe ein. Die Anforderungen an eine EU-Zulassung sind jedoch so hoch, dass sie von kleineren Betrieben nicht finanziert werden können. Diese Vorschrift be-

gründlich gereinigten Raum gearbeitet werden. Wird Geflügelfleisch erzeugt, dann muss neben zwei Räumen für die Kühlung sogar zusätzlich noch ein dritter Raum für das Verarbeiten vorhanden sein! Da es ohnehin kaum noch Geflügelschlachthöfe gibt, ist es nicht verwunderlich, warum so wenig Geflügelfleisch aus alternativen Haltungssystemen auf dem Markt zu finden ist.

### Krisen beschleunigten den Strukturwandel

Die BSE-Krise hat eine wahre Flut an Vorschriften nach sich gezogen, die für Metzgereien und landwirtschaftliche Betriebe gleichermaßen problematisch sind: In kleinen Betrieben wird pro Schlachttag nur ein Rind geschlachtet. Die Risikomaterialentsorgungskosten von rund 100 € können nur auf ein Tier umgelegt werden und verteuern die Schlachtkosten enorm. In manchen Regionen wird den Betrieben daher das Einfrieren gestattet, in anderen hingegen nicht. Fleisch von BSE-getesteten Tieren wird grundsätzlich beschlagnahmt bis das Testergebnis vorliegt. Wegen der Kontaminationsgefahr wird sämtliches Fleisch aus dem gleichen Kühlhaus mit beschlagnahmt. Kleinere Betriebe, die kein zweites Kühlhaus haben, werden dadurch völlig lahmgelegt. Diese Praxis der BSE-Tests hat dazu geführt, dass die Rinderschlachtung von nur noch wenigen Betrieben durchgeführt wird und Metzgereien keine über 24 Monate alten Rinder mehr schlachten. Da ältere Tiere oftmals ein besseres weil ausgereifteres Fleisch haben, führt dies zu einer Qualitätsminderung der Produkte.

### Fazit

Immer neue lebensmittelrechtliche Auflagen verursachen zum Teil sehr hohe Kosten. Kleine Betriebe können diese Kosten nur auf eine kleine Produktionsmenge umlegen, was die Produktpreise nach oben schnellen lässt. Das wiederum schränkt die Nachfrage ein und die Möglichkeit, durch Qualitätserzeugung und regionale Vermarktung Arbeit und Einkommen in den ländlichen Räumen zu halten. Der Gesetzgeber ist dringend aufgefordert, die rechtlichen Rahmenbedingungen entsprechend zu überarbeiten.

Andrea Fink-Kessler



Neuland-Fleischer Raimund Teuscher aus Königsbach muss sich rechtlichen Regeln beugen, die für eine industrielle Fleischverarbeitung entwickelt wurden. Foto: Gempel

werksordnung als nicht mehr zeitgemäß eingestuft wird, könnten diese Regeln durch einfache Vorschriften wie „alle im Betrieb selbst erzeugten Tiere dürfen geschlachtet, zerlegt, verarbeitet und vermarktet werden, ohne dass der Betrieb ins Gewerbe eingestuft wird“ ersetzt werden und der Meisterbrief durch einen auch vom Landwirt erwerblichen Sachkundenachweis.

### Mit Kanonen auf Spatzen geschossen

Metzgereibetriebe und fleischvermarktende landwirtschaftliche Betriebe unterliegen den gleichen Hygienebestimmungen: Fleischhygienegesetz, Geflügelfleischhygienegesetz und ihre Umsetzungsverordnungen. Das Vorhandensein einer eigenen oder regionalen Schlachtstätte wird von den Betriebsleitern als wesentliche Voraussetzung einer Qualitätsproduktion beschrieben (weniger Stress durch kurze Wege, Möglichkeit der Warmfleischverarbeitung bei Wurstherstellung). Durch die EU-Frischfleischrichtlinie von 1991 wurden zwei Kategorien von Schlacht- und Zerlegebetrieben eingeführt: registrierte Betriebe mit einer jährlichen Schlachtmenge von weniger als 20 Großvieheinheiten (GV) und zugelassene Betriebe, die größere Mengen schlachten und auch exportieren dürfen. Einen Unterschied in den einzuhaltenen Hygienestandards gibt es nicht,

günstig daher die Aufgabe kleinerer Schlachthöfe, erschwert regionales Vermarkten und behindert die Erzeugung und Vermarktung von Qualitätsfleisch. Das Schlachten und Zerlegen wird Metzgern und Landwirten durch das Überstülpen industrieller Risikovorsorgemaßnahmen in gleichem Maße verteuert bis unmöglich gemacht: So schreibt die Fleischhygieneverordnung Metzgereien pro Zerlegetisch einen für die handwerkliche Fleischzerlegung völlig überflüssigen Sterilisierkocher vor. Dieser Kocher wurde für die Fließbandarbeit in den großen Schlachthöfen entwickelt. Schneidet ein Arbeiter in ein Abszess, so kann er, bei weiterlaufendem Band, ein neues, sterilisiertes Messer für das nächste Stück Fleisch benutzen. Metzger arbeiten nicht am Fließband, sondern an Zerlegetischen. Es bleibt immer genug Zeit, um ein benutztes Messer mit herkömmlichen Mitteln zu desinfizieren und anschließend weiterzuarbeiten. Der Sterilisierkocher verteuert lediglich die Arbeit ohne auch nur den kleinsten Beitrag zur Qualitätsverbesserung zu leisten. Negativ auf die Wirtschaftlichkeit wirken sich auch die Vorschriften für getrennte Schlacht- und Zerlegeräume aus. Da bei der handwerklichen Arbeit zwischen dem Schlachten und Zerlegen ein zeitlicher Abstand ist, kann ohne hygienische Risiken auch in einem, zwischen den beiden Arbeitsvorgängen

Teile der Studie „Qualitätsprogramme für die landwirtschaftliche Erzeugung – am Beispiel Fleisch“ von Fink-Kessler, Müller und Poppinga sind in den Arbeitsergebnissen Nr. 55 „Regionalentwicklung“ zu lesen. Ab November sind sie über den ABL-Verlag zu beziehen.

Pfiffige Lösungen strahlen aus und verbinden sich zu einem Netzwerk, das wiederum neue Partnerschaften ermöglicht – so die Überlegungen, die zum Nordlichter-Logo der Region Weserland im Wettbewerb „Regionen aktiv“ geführt haben. Und das Konzept hat sich als erfolgreich erwiesen. Dabei hat man sich viel vorgenommen in der Modellregion, die eigens für den Wettbewerb über Landes- und Kreisgrenzen hinweg ins Leben gerufen wurde. Beteiligt sind neben der Stadtgemeinde Bremen, zugleich Bundesland, die drei niedersächsischen Landkreise Osterholz, Verden und Wesermarsch sowie die kreisfreie Stadt Delmenhorst. Fast 1 Mio Verbraucher leben in dieser Region und sollen nun dazu bewegt werden, mehr regionale Produkte und Dienstleistungen nachzufragen und dies dauerhaft. Agrarwende wird in der Region Weserland gleichgesetzt mit Konsumwende. Das erfordert aber auch mehr Transparenz für die Verbraucher.

In den bisher vier Handlungsfeldern: Lebensmittel, Dienstleistungen, Wege und Begegnungen sind getreu dem Logo sechs sog. Leuchtturmprojekte gesetzt. Diese sind: Regionale Fleischvermarktung, Kooperative Logistik, Pferdland-Weserland, Erlebniswelt Bauernhof, Jahreszeiten-Reifezeiten (eine Veranstaltungsreihe) und Q-Mobil (ein Info-Mobil), die sich in weitere Einzelprojekte unterteilen.

#### Intensives Regionalmanagement

„Wir sind engagiert und ungeduldig“, beschreibt Karin Ellermann-Kügler von der Landwirtschaftskammer Oldenburg als Vorsitzende des neugegründeten Vereins „Nordlichter Region Weserland e.V.“ die Situation, „Die

## Nordlichter Weserland

Presse möchte erste Ergebnisse sehen, die für 2002 bewilligten Gelder müssen bis spätestens Ende Februar 2003 ausgegeben sein. Doch der Verwaltungsaufwand ist hoch und EU-Vorgaben zum Wettbewerbsrecht – für die Akteure oft schwer nachvollziehbar – hemmen uns. Das alles kostet Zeit, die wir lieber in inhaltliche Arbeit statt Verwaltung stecken würden“. Darum hat die Modellregion ein Büro mit dem Regionalmanagement beauftragt, was zwar kostet, sich aber bewährt hat, wie Karin Ellermann-Kügler nach einem bundesweiten Treffen der Modellregionen feststellt. Da die Fördertechnik im Wettbewerb für die Projekte nicht einfach ist, übernimmt das Regionalmanagement für die Antragsteller kostenlos den Service, sämtliche Förderprogramme abzuchecken. So kommen die Fördermittel schließlich doch wieder den Projekten zugute, findet auch Erich von Hofe, Vorstandsmitglied und Vertreter der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, denn selbst wenn Projekte nicht aus dem Topf von „Regionen aktiv“ gefördert werden können, lassen sich durch Beratung meist Mittel aus anderen Programmen erschließen.

#### Keine einzelbetriebliche Förderung

Mag es viele Bauern im Weserland enttäuscht haben, dass bei „Regionen aktiv“ keine einzelbetriebliche Förderung möglich ist, Karin Ellermann-Kügler sieht darin den neuen Ansatz zur integrierten ländlichen Entwicklung. So

reicht das Geld eben nicht, dass jeder Landwirt zu „Erlebniswelt Bauernhof“ einen Seminarraum auf seinem Hof baut und Personal einstellt. Da sei es doch nachhaltiger, wenn nun ein Finanzierungsmodell erarbeitet wird, das den Ansatz langfristig absichert. Zudem gelte es auch, in einer relativ großen Region wie dem Weserland, die Mittel gerecht zu verteilen. So ist der Landkreis Wesermarsch im Norden fast überwiegend durch Grünland geprägt, während der Landkreis Verden im Süden auch viel Ackerflächen aufweist und traditionell stark durch Pferdezucht geprägt ist. Da mussten auch Vorurteile ausgeräumt werden, weiß Erich von Hofe zu berichten, der inzwischen gelernt hat, dass Pferdesport keineswegs nur elitär ist, sondern auch ein ernstzunehmendes Standbein vieler landwirtschaftlicher Betriebe in der Region. Der Ansatz der integrierten ländlichen Entwicklung geht eben über die landwirtschaftliche Urproduktion im Sinne von Lebensmittelerzeugung hinaus. Nachdem inzwischen über 100 weitere Projektvorschläge zu „Regionen aktiv“ eingegangen sind, sieht Erich von Hofe nun Bedarf, die Handlungsfelder zu erweitern z.B. um Aspekte wie regenerative Energien oder umweltschonendes Flächenmanagement am Ballungsrand.

#### Stimmen aus der Landwirtschaft

##### Vorwiegend für Verbraucher

Karl-Heinz Rengstorf aus Oiste, südöstlich von Bremen muss feststellen, dass es in seinem Dorf inzwischen mehr Pferde als Kühe gibt. Er bewirtschaftet 20 ha, davon ein Viertel Grünland mit Mastrindern, der Rest Ackerland. Sein Hauptstandbein ist die Sauenhaltung mit 20 Tieren, wobei er zur Zeit auf das Neulandprogramm umstellt. Dem Wettbewerb „Regionen aktiv“ hat er von Anfang an kritisch gegenübergestanden. Als aktiver Abler im Arbeitskreis Heide-Weser hatte er mehr Hoffnungen auf das Aktionsprogramm bäuerliche Landwirtschaft gesetzt. Aus seiner Sicht kommt „Regionen aktiv“ besonders bei Verbrauchern gut an. Für die AbL hatte er versucht, sich im Arbeitskreis „Lernort Bauernhof“ einzubringen, musste aber feststellen, dass Bauern dort kaum vertreten sind und aus seiner Sicht zu sehr als Animateur auf dem Hof gesehen werden, als dass Einblicke in bäuerliche Arbeitswelten gegeben werden.

Als vielversprechend beurteilt er das Projekt „Regionale Fleischvermarktung“. An diesem wird er sich aber nicht beteiligen, da er nun über Neuland vermarktet.

#### Neuer Schub in die Region

Als Ehler Lohmann den Betrieb in Westen, südlich von Bremen Mitte der 70er Jahre übernahm, war es noch ein klassischer Gemischtbetrieb mit 14 Kühen, 20 Sauen, Mastschweinen und Ferkeln. Heute gibt es keine Rinder mehr, dafür 150 Hühner sowie drei Schweine. Familie Lohmann hat für ihren Betrieb neue Wege erschlossen. Mitte der 80er Jahre erfolgte die Umstellung nach Bioland-Richtlinien sowie Einstieg in den Industriegemüseanbau. Den ehemaligen Sauenstall haben die Lohmanns zur Hofbäckerei umgebaut. Sie vermarkten im Hofladen und auf dem Bauernmarkt in der Kreisstadt Verden. Bis zu 15 Sorten Gemüse werden angebaut, dazu Getreide und Kartoffeln sowie Leguminosen zur Saatgutgewinnung. Inzwischen beschäftigt der 80 ha Betrieb 3,5 Arbeitskräfte. Entwicklungsmöglichkeiten sehen die Lohmanns auch im Tourismus und erwägen, nächstes Jahr ein Heuhotel zu eröffnen – Zielgruppe: Radtouristen entlang der Aller.

Bei „Regionen aktiv“ haben sie das Projekt „Bio-Brot für Bremen“ angemeldet. Ehler Lohmann begrüßt den Wettbewerb, durch den neuer Schub in die Region gekommen ist. Regionalität und Landwirtschaft sind ins Bewusstsein der Menschen gerückt. Leider muss er als Mitglied im Verein nun beobachten, dass zunehmend Planer und Wissenschaftler den Ton angeben, weil die Bauern z.B. für Termine am Nachmittag kaum Zeit haben. Die bevorstehende Auswahl der einzelnen Projekte wird aus seiner Sicht entscheiden, in welche Richtung sich „Regionen aktiv“ weiter entwickelt. Wünschen würde er sich, dass die Arbeitsplatzthematik noch stärker angesprochen wird. So könnte die Vorverarbeitung und Vermarktung von Biogemüse für Großküchen regionale Arbeitsplätze schaffen.

#### Nichts für den Betrieb dabei

Der Hof von Familie Manke liegt südlich von Bremen in der Gemeinde Kirchlinteln. Dort in der Geest ackert Wilhelm Manke mit seiner Familie und einem Auszubildenden auf maximal 33 Bodenpunkten. Der Boden ist „steinreich und wasserarm“, wie Ulrike Helberg-Manke es ausdrückt – ein typischer Veredlungsstandort. Die Nachfrage nach Flächen ist dementsprechend groß, selbst zur Extensivierung fehlen die Flächen.

Die Umstellung auf ökologischen Landbau stand schon vor Jahren



Auftaktveranstaltung der „Nordlichter“ mit Ministerin Künast am 18. Juni in der Kindertagesstätte Lüssum. (v.l.n.r.: Kind aus der Kita, Frau Ellermann-Kügler (1. Vorsitzende), Pâtissier des café Hauptmeier (Eurotoque Bremen), Ministerin Künast, Herr Lohmann (Fleischbetrieb und Schlachter aus Stuhr), Herr Gartelmann (Betrieb aus dem Bremer Blockland mit Hofladen), Herr Harste (Spar Markt Bremen/Neustadt), Foto: Bumann



## EU-Streit um das deutsche Branntweinmonopol

Nicht nur Brenner fürchten um ihre Zukunft. Auch für viele landwirtschaftliche Betriebe besonders in Süddeutschland würde eine wichtige Einkommensquelle wegfallen und der Streuobstbau einen schweren Schlag erleiden.

Der Streit um den Agraralkohol schwelt in Brüssel schon seit anderthalb Jahren. So vertritt die EU-Kommission die Ansicht, dass Kornbranntwein gemäß der Spirituosenverordnung ein industrielles Erzeugnis darstellt. Damit müsste er im Unterschied zu Agrargütern nach den EU-Wettbewerbsvorschriften beurteilt werden, die eine staatliche Förderung nach dem Modell des deutschen Branntweinmonopols ausschließen. Nur eine einstimmige Entscheidung des Agrarministerrats kann die von der Kommission geforderte Abschaffung noch verhindern. Das Verbot wird von Belgien, Dänemark, Großbritannien, Niederlanden und Schweden befürwortet. Man rechnet in Deutschland mit einer Gnadenfrist von einem Jahr, bevor die EU-Kommission ernsthafte Schritte zur Abschaffung des Monopols unternimmt.

Doch es geht nicht nur um gebranntes Korn. So hat die EU-Kommission angedroht, auch die restlichen unter das

Branntweinmonopol fallenden Produkte in ihre Erwägungen einzubeziehen, d.h. auch die Obstbrände. Betroffen wären die vielen kleinen Schnapsbrenner. Allein in Rheinland-Pfalz existieren 1.400 landwirtschaftliche Brennereien. Im Streuobstbau werden im bundesweiten Durchschnitt 3 % bis 6 % des Ertrags verschnappt. Regional können das nach Auskunft des Naturschutzbund NABU aber auch bis zu 36 % sein, insbesondere in Südbaden und Südwürttemberg. Markus Rösler vom NABU gibt zu bedenken, dass die Kleinbrennerei in den 60er bis 80er Jahren, als Streuobst gezielt gerodet wurde die einzige rentable Bewirtschaftungsform war. Man kann davon ausgehen, so Rösler weiter, dass die Verteilung der Streuobstbestände in Deutschland bis heute mit dem Monopol zusammenhängt: Wäre es nicht gewesen, wären auch die großflächigsten Streuobstbestände Europas im Bereich der Vorbergzone der Schwäbischen Alb und des Schwarzwaldes stärker zu-

rückgegangen.

Bisher garantiert das deutsche Branntweinmonopol die Abnahme von Reinalkohol aus der Landwirtschaft. Zwei Drittel ihrer Produktion geben die Brenner zum Selbstkostenpreis an die Bundesmonopolverwaltung in Offenbach ab und erhalten dafür im Durchschnitt 360 Euro je 100 Liter. 32.000 Abfindungsbrenner und 200.000 Besitzer von Obstbäumen sind bei der Behörde registriert, die auch nicht absetzbare Ernteüberschüsse sinnvoll verwerten soll. Jährlich verarbeiten die Kleinbrenner rund 200.000 t Obst zu 8,2 Mio l Alkohol, was 21,5 Mio l 40%igem Schnaps entspricht. Zwei Drittel geht an die Bundesmonopolverwaltung. Das letzte Drittel, ca. 2,7 Mio l, das die Brenner als Obstbrand selbst vermarkten, bringt dem Staat ca. 27 Mio Euro Branntweinsteuern, während die Monopolverwaltung laut Angaben des Bundesverbandes der Kleinbrenner nur ca. 20 Mio Euro Kosten verursacht. Dabei machen die

Schnapsbrenner nur 4 % des Marktes aus, der von großen Firmen wie Asbach und Jägermeister, die nicht Mitglied im Branntweinmonopol sind, dominiert wird. Mit 750 Mio Flaschen Spirituosen in 2001 gilt der deutsche Alkoholmarkt als der größte in der EU. Nach Berechnungen des NABU gelangen im Streuobstbau ca. 40 % der Ernte auf den Markt. Wenn Abnahme und Verwertung des Streuobstes nicht mehr garantiert wären, würde das den Verlust einer Einkommensalternative für die Landwirtschaft sowie wertvoller ökologischer Flächen bedeuten. *we*

Mehr Infos zum Thema Streuobst unter: [www.streuobst.de](http://www.streuobst.de) oder im Streuobst-Rundbrief, der viermal jährlich erscheint und für 11 Euro pro Jahr incl. Porto bezogen werden kann beim NABU, Barbara Wagner, Herbert-Rabius-Str. 26, 53225 Bonn, Tel.: 0228-4036-159, Fax: -200, [Barbara.Wagner@NABU.de](mailto:Barbara.Wagner@NABU.de) Dort gibt es auch die Adressliste der Streuobst-Länderkoordinatoren und -koordinatorinnen.

zur Diskussion, rechnet sich für einen Milchviehbetrieb ohne Direktvermarktung nur bedingt. Mitte der 90er Jahre wurde aus arbeitswirtschaftlichen Gründen auf dem Hof ein Boxenlaufstall für 60 Kühe mit Nachzucht gebaut. Inzwischen bewirtschaftet Wilhelm Manke 90 ha (50 % Acker und 50 % Grünland), die Milch wird täglich von der Nordmilch abgeholt. Ulrike Helberg-Manke hat sich entschieden außerlandwirtschaftlich berufstätig zu sein, anstelle von Direktvermarktung, Landtourismus o.ä.

Von „Regionen aktiv“ erwartet sich der Betrieb keine neuen Perspektiven. Im Wettbewerb um förderfähige Projekte griff der Verein Nordlichter bereits vorhandene Ansätze auf und entwickelte unterschiedliche Angebote für landwirtschaftliche Betriebe und den ländlichen Raum. Aufgrund der Vielfalt der Betriebe kann kein Projekt allen gerecht werden.

### Regionalität ins Fernsehen!

Viel Erfahrung mit Direktvermarktung hat Bauer Lohmann aus Stuhr am Stadtrand von Bremen. Insgesamt 12 Kindertagesstätten beliefert er mit Fleisch vom eigenen oder benachbarten Betrieben – konventionell, aber Qualitätsfleisch, weil nur Mineralstoffe, Sojaschrot und Getreide verfüttert

werden. Vor vier Jahren hat er einen Metzger eingestellt. Von 35 ha bebaut er 5 ha mit Mais, der Rest ist Grünland. Getreide kauft er zu, hält 90 Limousin-Rinder in Mutterkuhhaltung, mästet bis zu 600 Schweine im Jahr, Hähnchen, Legehennen und Weihnachtsgänse nach Bedarf. Dazu kommen 30 Mutterschafe, weitere Schafe, Enten und Puten bezieht er von benachbarten Betrieben. Er vermarktet über den Hofladen und beschickt mehrere Bauernmärkte. Bauer Lohmann hat bereits am Bremer Modellprojekt „Kita Küchen der kurzen Wege“ (siehe Bauernstimme 1/01, S. 10) teilgenommen, das nun im Leuchtturmprojekt „Kooperative Logistik“ weitergeführt werden soll. Hieran nimmt er wieder teil, hat aber Zweifel, ob die geplante Logistik nicht zu aufwändig wird und sein Fleisch nur teurer macht. Mengenmäßig sieht er noch große Potenziale: Wenn die Logistik klappt, könnte der Bremer Norden mit Fleisch beliefert werden. Wenn er sich bei „Regionen aktiv“ etwas wünschen würde, dann dass Betriebe und Projekte im regionalen Fernsendsender N3 vorgestellt werden. Im übrigen ist er gespannt auf die Entwicklung des Projekts und wünscht sich hierbei, dass nicht so viel Geld in Verwaltung und Organisation hängen bleiben muss.

### Regionale Vermarktung stärken

„Regionen aktiv“ – das sei schon eine tolle Sache, findet Folkert Folkens, Ochsenmäster in der Wesermarsch nördlich von Bremen. Impulse erhofft er sich insbesondere für die Vermarktung. Vor vier Jahren ist Landwirt Folkens in das Projekt „Ochsenwochen“ eingestiegen, das vom Umweltamt der Stadt Oldenburg und der Wirtschaftsförderung im Kreis Wesermarsch betreut wird. Inzwischen liefern sechs Betriebe Fleisch für die Aktion Mitte Oktober bis November, die in Gastronomie und Fleischerfachgeschäften beworben wird. Folkert Folkens hat sich auf extensive Ochsenmast spezialisiert, bewirtschaftet 240 ha Grünland. Ca. 250 Tiere bringt er im Jahr zum Schlachthof nach zwei Jahren siebenmonatiger Weidehaltung. Das langsam gereifte Fleisch gilt als Delikatesse. Im Rahmen der Ochsen-



Ochsenmast bei Folkens

Foto: Wirtschaftsförderung Wesermarsch

wochen kann er nur einen geringen Teil seiner Tiere vermarkten. Waren es in 2000 25 Tiere, machte sich mit 15 Tieren in 2001 die BSE-Krise deutlich bemerkbar. Weitere 15 Tiere werden über einen Hausschlachter direktvermarktet, der überwiegende Teil geht an Schlachthäuser und verliert damit seinen regionalen Bezug. Die „Ochsenwochen“ sind ein Projekt, auf das nun bei „Regionen aktiv“ mit Leuchtturmprojekt „Regionale Fleischvermarktung“ aufgebaut werden soll. Das könnte interessant werden, urteilt Folkert Folkens, der die Interessen der Landwirte im Arbeitskreis „Ochsenwochen“ aktiv vertritt. *we*

**„Kuhdorf“**

Als „Kuhdorf“ stellt sich ganz bewusst der niedersächsische Ort Venne dar: schließlich sei der Kuh die Kultur zu verdanken. Ein „Kuhratoriums“-Gremium hat mit Hilfe des Dorfes überall im Ort Plastiken und Bilder mit Kühen installiert. en

**Kuhzukunft**

„Ohne Kuhzunft keine Zukunft!“ (ein Bauer im top-agrar-Rindertreff über die Zukunft der Milchquote)

**Hühner statt Müllsäcke!**

Das belgische Dorf Zemst löst seit dem Jahre 2000 seine Biomüll-Entsorgung durch Hühner. Je drei Hennen hatte die Verwaltung den 489 Familien geschenkt, die dann jährlich rund 78 Kilogramm Gemüse-, Obst- und Gartenreste auffraßen und Biomüllsäcke überflüssig machten. Mittlerweile ist die Zahl der Hühner je Familie auf durchschnittlich 3,6 gestiegen. Das Federvieh hat den sozialen Kontakt zwischen den Nachbarn verbessert und ist zum Liebling der Kinder geworden. en

KURZES AM RANDE

**„Wir wollen Kühe, die sich bezahlt machen“**

Auf dem Züchtertreffen am 2. November in Frankenhausen bei Kassel wird die Rinderzüchterin Rosemarie Steffens über die Zucht des Alten Schwarzbunten Niederungsviehs berichten. Wir sprachen schon im Vorfeld mit ihr.

**Was für einen Hof bewirtschaften Sie?**

Was sich durch unsere Familie zieht, ist schwere Begeisterung für züchterische Arbeit durch Generationen. Vor 175 Jahren ist dieser Hof in den Besitz unserer Familie übergegangen. Heute haben wir 40 Hektar, halb Acker und halb Grünland, und 33 Kühe mit Nachzucht. Seit zwei Jahren hat mein Sohn den Hof übernommen. Da mein Mann lange erkrankt war, hatte ich den Hof in den letzten 20 Jahren mit kräftiger Unterstützung meiner Kinder geführt, die beruflich alle anderweitig tätig waren.

Wir sind so aufeinander angewiesen, also geht es hier sehr demokratisch zu und da müssen wir auch allen ein Umfeld geben für die eigenen Ideen.

**Wie beurteilen Sie die Entwicklungen in der Schwarzbuntenzucht?**

Diese Höchstzucht, die wir bei den HF-Tieren hier haben, entspricht nicht immer den Interessen eines Bauern, der Milch mit möglichst wenig Unkosten produzieren will, dem ist mit einer Kuh mit einer mittelprächtigen Leistung wie mit den robusten Alten Schwarzbunten gut geholfen. Was nützen dem die ganzen schönen Schautiere? Die ganz hohen Leistungen, die kosten zuviel, wenn die Kühe schon mit ein, zwei Kälbern weggehen.

**Welche Zuchtziele verfolgen Sie?**

Ich will diese alte Rasse nicht nur erhalten, ich möchte damit weiterzüchten. Nur Erhalten, finde ich, das ist der Tod. Da kann man ja auch Embryonen und Sperma einlagern, dann haben wir's doch. Da scheiden sich etwas die Geister bei den rund 100 Tierhaltern im Verein. Manche sagen, erhalten wir doch die alten Tierchen und kriegen eine Prämie dafür. Das ist ja auch nicht der Sinn der Sache. Wir wollen auf die eigenen Füße kommen und nicht ewig von diesen Prämien abhängen. Wir wollen etwas haben, was sich bezahlt macht und womit man arbeiten kann.

Was wir in dreißig Jahren versäumt haben, muss man eben versuchen wieder aufzuholen. Wir wollen eine gewisse Größe, gute Eiweißqualitäten, eine rentable Milchmenge und Langlebigkeit. Wir brauchen jetzt mal so etwas wie ein Zuchtprogramm.

**Welche Chancen sehen Sie in dem Züchtertreffen in Frankenhausen?**

Erst mal habe ich da selber Tiere hinverkauft, die will ich ja auch wieder sehen! Ich finde es wunderbar, dass dort Leute mit unseren Interessen zusammenkommen, und versuchen, die Chancen dieser Rasse von allen Kanten zu beleuchten, um da weiter zu machen. In unserem Verein sind nur Praktiker, auch wir im Vorstand, wir haben keine Zeit für solche Arbeit. Nun eine Zusammenarbeit mit der Wissenschaft zu haben und Erfahrungen austauschen zu können, das freut mich.

Das genaue Tagungsprogramm, das auch die Zucht auf Lebensleistung und die Braunviehzucht der alten Richtung einschließt, ist bei der KLJB unter 02224-946526 zu erfahren.



Giggi (hinten), die Großmutter, ist heute 20 Jahre alt, wartet auf ihr 15. Kalb und hat bis jetzt eine Lebensleistung von 129.000 kg Milch. Ihre Tochter Gila und die Enkelin Ginni (vorne) sind ein Beispiel einer guten Basis für die Rückzüchtung des alten Schwarzbunten Niederungsviehs der Familie Steffens. Foto: Schuhmann

**Albrecht Daniel Thaer**

„Der Boden rührt sich ungesäumt im Wechsel jedes Jahr, ein Feld so nach dem andern keimt und reift und fruchtet baar; so fruchtet 's auch von Geist zu Geist und nutzt von Ort zu Ort, gewiß, Ihr fragt nicht, wie Er heißt, sein Name lebe fort.“

(so J. W. von Goethe über den Agrarforscher Albrecht Daniel Thaer, dessen Geburtstag sich heuer zum 250. Male jährt)

**Agrarindustrie wegen Spät-Pizza?**

Karl-Heinz Funke fand bei einer seiner launigen Vortragstouren bei einem Stopp in Uelzen einen weiteren Grund für agrarindustrielle Landwirtschaft, nämlich die Spät-Pizza. Originalton: „Wenn sich der Sohn mit seiner Freundin abends um neun noch eine Pizza bestellt, dann geht das nur, wenn sie industrielle Massenfertigung haben, damit das einigermaßen bezahlbar bleibt. Und um Massenprodukte zu haben, brauchen sie auch intensive Landwirtschaft.“ Sprüche – platter noch als manche Pizza. en

**Warum haben Sie sich zur Zucht von Schwarzbunten des Alten Typs entschieden?**

In den 70er Jahren haben wir diese Einkreuzung mit Schwarzbunten im Holstein-Friesian-Typ (HF) aus den USA trendbedingt auch mitgemacht. Mir gefiel dann nicht, dass wir solche Schwierigkeiten in der Tiergesundheit bekamen. Der Tierarzt kam uns hier nicht aus dem Haus. Er hat mich bei meinen Überlegungen unterstützt, die „alte“ Rasse wieder einzusetzen und mir von der Existenz des Fördervereins zur Erhaltung der Altdeutschen Schwarzbunten berichtet. Dann hat mir nicht gefallen, dass züchterisch nur noch in Bullen gedacht wurde. Die großen Mutterlinien, die wir hier teils über Generationen gepflegt haben, wurden überhaupt nicht mehr erwähnt.

Mit unseren 33 Kühen haben wir drei verschiedene Zuchten im Stall, das ist schon phänomenal. Ich hatte nun die Idee: Zurück zum Alten Niederungsvieh. Mein Sohn folgt den allgemeinen Strömungen der HF-Zucht und meine Tochter war bei dem berühmten HF-Züchter Bob Schauf in den USA in Wisconsin und kam mit den tollsten Ideen und Embryonen von reinen US-amerikanischen HF-Kühen wieder. Es ist schwierig mit so einer kleinen Herde so viele Ideen unter einen Hut zu bringen.

## Besuch lohnt sich während der Planung

Entscheidungshilfe vor dem Stallbau für Milchkühe

Bevor die Entscheidung für den Bau eines neuen Milchviehstall fällt, schauen die Bauherren und -frauen bei Kollegen herein, hören sich Berater an, berechnen Stallplatzkosten und tüfteln. Einen Kuhstall bauen die meisten nur einmal im Leben, und Fehler rächen sich bei den immensen Kosten schnell. Sollen die Milchkühe auf Tretmist oder lieber doch im Liegeboxenstall stehen? Welche Breite und welchen Belag sollen die Laufgänge haben .....? Ein Versuchstall der Universität Kassel, der gleich drei verschiedene Stallsysteme unter einem Dach vereint, kann in der Nähe von Kassel in der hessischen Domäne Frankenhäuser besichtigt werden. Dort stehen über 70 Öko-Milchkühe in vier Gruppen im Tiefsstreu-, Boxenlauf- und Tretmiststall.

### Drei in einem

Je nach Milchleistung wandern die Kühe der Rasse Altes Schwarzbuntes Niederungsvieh durch die Stallabteile. Probleme mit dem Wechsel gibt es nicht, Vorlieben umso klarere: „Als wir die Abtrennung zwischen dem Bereich mit den Liegeboxen und dem Tretmiststall geöffnet hatten, lagen alle Tiere auf der Tretmistfläche,“ erzählt der Bereichsleiter für den Kuhstall Johann Anthes. Die Liegefläche hat eine Neigung von 7 % bei gut 7 m Tiefe, durch die freitragende Bauweise stören auf der Liegefläche keine Pfeiler und Pfosten. Damit die Tiere den Mist herunter treten, müs-

sen sie schwer genug sein, merkt der Landwirt an.

Im Bereich der eingestreuten Liegeboxen werden zwei verschiedene Boxen ausprobiert: Neben den bekannten Pilzboxen auch Boxen mit Sicherheitstrennräumen, die den Tieren selbst das Liegen in Seitenlage ermöglicht. Eingestreut wird auch hier jeden Tag.

Auffällig ist, wie sauber die Kühe sind. Das liegt überwiegend an der ausreichenden Einstreu. „Zunächst lagen wir im Tiefsstreu- bei 12 kg Strohverbrauch je Kuh und Tag, erzählt Johann Anthes. „Seit wir maschinell einstreuen, haben wir den Ver-

brauch auf 10 kg gesenkt, denn mit der Maschine kann das Stroh gleichmäßiger verteilt werden und dann wird auch noch ein halber oder viertel Ballen wieder herausgefahren, den mit der Hand keiner wieder auf den Frontlader packt.

### Perfektes Stallklima

Nicht nur in Einzelheiten ist an das Wohlbefinden der Tiere gedacht worden. Durch die Nord-Südausrichtung des gesamten Gebäudes, haben die längsseitigen Ausläufe maximale Sonneneinstrahlung. Die automatisch gesteuerte Lüftung hebt den



Hell, luftig und mit viel Platz sind die ersten Eindrücke beim Betreten des Frankenhäuser Kuhstalls. Unter dem hohen Dach können Besucher sich Boxenlauf-, Tiefsstreu- und Tretmiststallsysteme anschauen.



Auch im Detail durchdacht: die rotierenden Bürsten werden von den Kühen gerne zur Fellpflege genutzt.

Fotos: Schimpf

First und Teile der Seitenwände je nach Luftverhältnissen. „Im Sommer ist es auch bei der größten Hitze angenehm im Stall“, schwärmt Johann Anthes. Ein Luxus, den sich die Universität Kassel geleistet hat. Die freitragende Halle von 40 auf 30 m ist ganze 12 Meter hoch. Keine Stütze wird eine Kamera bei der Übertragung von Tierbildern zu Studierenden in den Hörsaal stören, doch das ist noch Zukunftsmusik. Durch Stützen und eine niedrigere Höhe wären die Kosten, die bei rund 6.700 € je Kuhplatz liegen, um einiges zu senken. Auch die Fläche je Tier ist mit 14,5 m<sup>2</sup> üppig. Eine Liegefläche von 6 m<sup>2</sup> mit zusätzlichen Bewegungsflächen von gut 4 m<sup>2</sup> plus 4,5 m<sup>2</sup> Auslauf liegt deutlich über der EU-Öko-Verordnung, die nur 10,5 m<sup>2</sup> vorschreibt.

Trotz zusammengekaufter Herde und vielen Besuchern im Stall gibt es kaum Verletzungen in der behornten Herde. Kritisch sieht Johann Anthes schon den Gang über die Länge des Zwei mal Sechser Fischgräten-Melkstands. Wenn Kühe vor ranghöheren Tieren im engen Gang nach vorne drängen, steige die Verletzungsgefahr. Wichtig bei den Gängen ist, Sackgassen zu vermeiden. Die Laufgänge sind aus Gussasphalt planbefestigt und werden mit einem zeituhrgesteuerten Schieber abgezogen. Tierschonend ist die Idee, die Kühe statt auf dem Gang mit dem vorbeilaufenden Schieber, auf einer erhöhten Fläche fressen zu lassen.

### Luxus für die Kühe

Mit den Schwenktrog-Tränken ist Johann Anthes nun zufrieden. Anfangs gab es Probleme, weil sie für Gülleställe konzipiert sind und bei Frostgefahr überlaufen, bei Spalten kein Problem, auf Laufgängen und im Tiefsstreu- hingegen schon. Ein Umbau war erforderlich, damit nicht länger das Wasser ins Stroh floss. Erlesene Bürste gibt es in den Ausläufen für die Tiere. Erst wenn sie hochgedrückt werden, fangen sie an, für einige Minuten zu rotieren und die Kühe können die Fellpflege genießen. Damit soll vermieden werden, dass ranghöhere Tiere stundenlang die Bürsten belegen. Da sie für den Stall gespendet wurden, gibt es auch hier gleich drei verschiedene Modelle. Umso schlechter das Stallklima, umso wichtiger seien Bürsten für das Wohlbefinden der Tiere. Allerdings müssten sie von Zeit zu Zeit gereinigt werden, da durch sie auch Parasiten übertragen würden, fügt Johann Anthes zu.

### Fazit:

Der Stall der Luxusklasse, in dem selbst das verwendete Holz Naturland zertifiziert ist, bietet viele Anregungen bei Stallbauabsichten. Umso erfrischender, dass Johann Anthes ohne Anfangsprobleme oder Verbesserungsmöglichkeiten zu verschweigen durch seinen Arbeitsplatz führt. *ms*

Interessenten können sich an das Büro der Domäne Frankenhäuser wenden, um Besichtigungstermine für den Stall auszumachen: 05674-925820



## „Es ist schwer für den Einzelnen, sich zu wehren“

Ackerbauer Thomas Schröder in Mecklenburg-Vorpommern sieht sich als Wiedereinrichter in seiner Existenz bedroht, weil er im Zuge eines Bodenordnungsverfahrens öffentliche Pachtflächen der BVVG nicht weiter bewirtschaften soll – fast ein Drittel seiner Betriebsfläche.

Es könnte eine dieser Geschichten sein, die beginnen mit „Es war einmal ...“, aber leider ist es immer noch – und vor allen Dingen nicht ausgestanden. Doch kurz zu den Fakten: Für den Bau des Airbus-Werk im Gewerbegebiet Flughafen Rostock-Laage muss ein landwirtschaftlicher Betrieb weichen. Im Flächentausch mit dem Land Mecklenburg-Vorpommern soll er nun 400 ha Ausgleichsfläche bekommen, die durch ein Bodenordnungsverfahren im Raum Siemitz-Käselow, Karow, Bredentin bereitgestellt werden. Die BVVG (Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH) hat bzw. hatte in diesem Gebiet an sechs Betriebe öffentliche Flächen verpachtet, von denen nun 400 ha an den betroffenen Betrieb gehen sollen. Damit verlieren vier LPG-Nachfolgebetriebe sowie zwei Einzelbauern Pachtflächen.

### In der Existenz bedroht

Ein Bauer bewirtschaftet die Flächen von Westdeutschland aus und ist zur Aufgabe bereit. Der andere, Thomas Schröder, ist als Wiedereinrichter mit insgesamt 140 ha auf die 42 ha gepachtete BVVG-Flächen existenziell angewiesen. Auf einer der ersten Versammlungen zum Bodenordnungsverfahren vor fast vier Jahren bekam er vom zuständigen Leiter des Amtes für Landwirtschaft Bützow Dr. Hoffmann öffentlich das Versprechen, er brauche als kleiner Familienbetrieb keine Flächen abzugeben. Doch wie es so kommt, ist Dr. Hoffmann inzwischen verstorben und die mündliche Zusage scheinbar spurlos verhallt. So sind die Pachtverträge, die der Betrieb Schröder bis 1. Oktober 2004 mit der BVVG geschlossen hat, bereits von dem umgesiedelten Betrieb übernommen und dieser ist nicht bereit, sie zu verlängern. Thomas Schröder sieht sich durch den drohenden Verlust der Flächen in seiner Existenz bedroht, zumal

es vor Ort so gut wie unmöglich ist, an Pachtflächen zu kommen.

### Den Wiedereinstieg gewagt

Er ist Wiedereinrichter. Nach der Wende nahm sein Vater die 60 ha zurück, die er in die LPG eingebracht hatte, und wagte einen Neuanfang als bäuerlicher Familienbetrieb. Sein Sohn Thomas ist gelernter Elektriker und hatte als solcher auf der LPG gearbeitet. Um öffentliche Flächen von der BVVG zu pachten zu können, hat er eine landwirtschaftliche Ausbildung nachgeholt und den Betrieb 2001 von seinem Vater übernommen. Bereits Anfang der 90er Jahre konnte er 19 ha öffentliche Flächen von der BVVG zukaufen sowie 16 ha von privat pachten. So bewirtschaftet er heute mit den 42 ha gepachteter BVVG-Flächen insgesamt rund 140 ha. Er betreibt Ackerbau und hält auf 10 ha Grünland noch 20 Weideochsen und kümmert sich um die Vermarktung. Mit seinen 140 ha kommt er gerade aus, lieber würde er auf 200 ha aufstocken, aber es ist vor Ort nichts mehr zu bekommen. Anträge auf Pachtflächen hat er schon gestellt, aber sie wurden abgelehnt. Im Dorf gibt es noch vier Bauern und eine LPG. Drei sind vor Ort ansässig, der vierte lässt von Westdeutschland aus bewirtschaften.

### Der mühsame Weg zum Recht

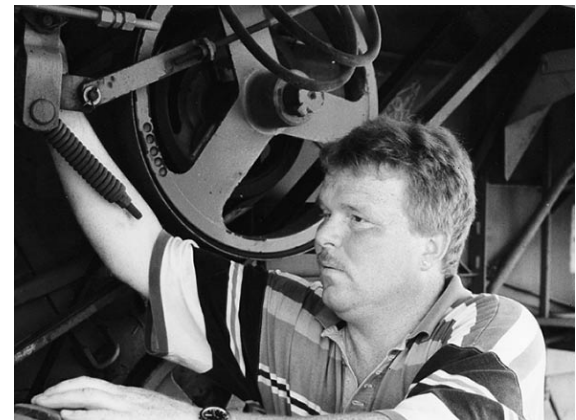
Die Nachricht, dass er die 42 ha Pachtflächen nun doch abgeben soll, trifft Thomas Schröder wie ein Schlag. Bei den am Bodenordnungsverfahren beteiligten LPGen sieht er keine Schuld, dafür um so mehr beim zuständigen Amt für Landwirtschaft. Aber sich wehren? Da setzt er auf seinen Nachbarn Helmut Peters, der aus Westdeutschland zugezogen und aktiv in AbL und IG-Boden ist. „Wir kannten das doch gar nicht, wie man vorgeht. Wenn Peters sich nicht so für mich eingesetzt hätte ...“. Nun, wo kein Kläger

ist, ist bekanntlich auch kein Richter. Dabei hat Thomas Schröder durch die sogenannte 70-30-Regelung in Mecklenburg-Vorpommern gute Chancen, da nach dieser große Betriebe mit einem hohen Anteil an BVVG-Pacht stärker zur Kasse gebeten werden, wenn Betriebe durch Entzug von Pachtflächen existenziell getroffen sind (s. Kasten). Im vorliegenden Fall bewirtschaften die vier LPG-Nachfolgeunternehmen im Bodenordnungsverfahren insgesamt ca. 10.000 ha, davon ca. 2.500 ha BVVG-Flächen. Abgeben davon sollen sie 305 ha, gerade mal ein Achtel ihrer BVVG-Pacht, während es bei dem Betrieb Schröder fast ein Drittel seiner gesamten Betriebsfläche ausmacht. Diese Ungerechtigkeit wollte Helmut Peters nicht hinnehmen und setzte sich privat für seinen Nachbarn ein, was ihm nicht nur viel Mühe brachte durch den nötigen Schriftwechsel mit dem Petitionsausschuss des Landtages, Landwirtschaftsamt, BVVG und Ministerium, vor denen er sich zunächst als Ansprechpartner im Fall Schröder legitimieren musste. Dazu musste er sich aus dem Ministerium auch den Vorwurf gefallen lassen, er setze sich für seinen Nachbarn nur ein, um selbst an die Flächen zu kommen. Dieses Eigeninteresse weist Helmut Peters von sich und fühlt sich stark diffamiert in seinem sozialen Engagement.

### Stimmung gegen private Betriebe

Dass die Lokalzeitung über den Fall als Kampf Klein gegen Groß berichtet hat, macht nun auch Thomas Schröder das

Leben schwer. Er wollte immer mit allen gut auskommen, doch nun reden die Leute hinter seinem Rücken. Als Selbständiger hatte er es schon vorher schwer im Ort, da spielt sicherlich auch Neid eine Rolle, aber vorwiegend Unverständnis für ihn als Wiedereinrichter. Die Arbeiter, die in der Genossenschaft geblieben sind, haben eben



Fotos: Busse

nicht so eine Beziehung zum Eigentum wie er als Privater, findet Thomas Schröder und muss leider feststellen, dass sich da Gräben aufgetan haben. Doch sei es gut, dass nun reiner Tisch gemacht wird und auch eine öffentliche Diskussion in Mecklenburg-Vorpommern in Gang gekommen ist. Thomas Schröder ist inzwischen der IG Boden beigetreten, denn: „Es ist schwer für den Einzelnen, sich zu wehren“. Doch vielleicht haben Aufwand und Ärger sich gelohnt. Mündlich wurde ihm schon mitgeteilt, dass sich eine positive Lösung in seinem Fall abzeichne. So bemühe sich das Amt für Landwirtschaft, ihm – wenn auch nicht die gleichen – so doch adäquate Flächen zur Verfügung zu stellen. Was sicherlich nicht einfach ist bei dem angespannten Bodenmarkt vor Ort. we



### Die sog. 70-30-Regelung in Mecklenburg-Vorpommern

Im April 2000 wurde zwischen dem Landwirtschaftsministerium in Schwerin und der BVVG in Berlin folgende Vereinbarung geschlossen: Wenn Landwirtschaftsbetrieben z.B. durch Investitionsvorhaben des Bundes und der Länder Flächen entzogen werden oder im Einzelfall, können agrarstrukturelle Maßnahmen unterstützt werden zur Stabilisierung landwirtschaftlicher Betriebe, wenn sich

deren Bewirtschaftungsfläche durch Flächenerwerb/Pacht Dritter existenzgefährdend verringert. So können bei Betrieben mit über 500 ha Betriebsfläche und über 250 ha BVVG-Pacht bis zu 30 % der BVVG-Pachtflächen nach Ablauf der ursprünglichen Dauer des Vertrages an andere flächenbedürftige Landwirte vergeben werden.

€ € € Milliarden € € €

Die „100 reichsten Deutschen“ hat das manager-magazin aufgelistet, darunter zahlreiche mit Bezug zu Landwirtschaft und Lebensmitteln: An der Spitze die Gebrüder Albrecht (Aldi) mit 14,6 bzw. 12,6 Mrd. Euro. In der Spitzengruppe weitere Eigentümer von Handelsketten: u.a. die Gebrüder Schmidt-Ruthenbeck und Otto Beisheim (Metro), Erivan Haub (Tengelmann), Karlheinz Kipp (ehemals Massa-Märkte), Hugo Mann (ehemals Wertkauf), Thomas Bruch (Globus), Familie Schlecker, G. Ackermanns (ehemals allkauf). Ebenfalls gut platziert aus der Ernährungsindustrie: die Familie Herz (Tchibo, Reemtsma), Rudolf August Oetker, Stefan Schörghuber (Brauereien), Familie Simon (Bitburger, Gerolsteiner), Josef Boquoi (Bofrost), Klaus Oberweland (Storck), Hans Riegel (Haribo). Ebenfalls unter den reichsten Deutschen: Die Fami-

lie Rethmann als Inhaber eines der größten europäischen Entsorgungskonzerne (auch bei der Tierkörperverwertung) und von mehreren Gütern bei Sternberg mit über 5.000 Hektar. Mit „nur“ 0,9 Milliarden Euro auf Platz 88: Helmut Claas (Landtechnik). Ebenfalls dabei: die Gebrüder von Finck mit ihren umfänglichen Flächen und sonstigen Immobilien. In der US-Zeitung „Forbes“ wird außerdem Albert von Thurn und Taxis mit seinen 1,4 Milliarden Dollar schweren Landgütern in Bayern und Brasilien aufgelistet. Täglich, so das manager-magazin, „stellt die hiesige Wirtschaftsordnung fünf neue Millionäre her, über 1.800 im Jahr“ – zusätzlich zu den bisher 365.000 Millionären und immerhin 3.700 Personen mit mehr als 30 Millionen Euro. Und, so das manager-magazin, auch die Milliardäre sind vor allem mit der Mehrung ihres Reichtums beschäftigt. *gf*



**Bullshit**

Die Ausstellung im ostfriesischen Landwirtschaftsmuseum Krümmhorn-Campen hat es bis in die Tagesschau geschafft. Als eine künstlerische Würdigung des Kuhfladens präsentiert Bernd Eilts seine Plastiken und Wandobjekte aus getrockneten Kuhfladen wie die Wanduhr. Für Kinder gibt es Kuh- und Hof-Quiz.

**Leserbrief**

**Unterstütze den Waginger Aufruf**

Liebe AbLer,  
Als langjähriger Abonnent Eurer Zeitung erlaube ich mir zum „Waginger Aufruf“ einen Brief aus Verbrauchersicht zu schreiben. Ich habe Euren Aufruf aufmerksam durchgelesen und festgestellt, dass ich jeden einzelnen Satz voll unterstützen kann und den Aufruf in seiner Gesamtheit für längst überfällig halte. Als Nicht-Landwirt beschränke ich mich aber auf die Punkte, die mir persönlich am wichtigsten erscheinen oder wo ich als Betreiber eines kleinen Altenpflegeheims Parallelen meiner eigenen wirtschaftlichen Lage sehe.

1. Ich unterstütze die bäuerliche Landwirtschaft, indem ich bei meinen Einkäufen so gut es geht darauf achte, dass ich nach Möglichkeit nur die Waren kaufe, von denen ich sicher bin, dass sie der gesunden Ernährung dienen. Genmanipulierte Erzeugnisse lehne ich grundsätzlich ab. Außerdem bevorzuge ich Waren, die in unserer Region hergestellt wurden.

2. Das Schreiben von Protest und Leserbriefen zu den Themen EU-Agrarreform, Aufbau demokratischer Wirtschaftsstruk-

turen und gegen die ungerechte Globalisierung ist für mich eine wichtige Form der Arbeit geworden, um meinen Frust über die momentane Situation etwas besser in den Griff zu bekommen.

3. Bei der Problemlage „Lebensperspektive für junge Menschen“ sehe ich zwar für mich derzeit keine weitere Möglichkeit als die, dass wir in unserem kleinem Betrieb mit 10 Pflegeplätzen auch Altenpflege-Lehrlinge ausbilden, aber ich bin offen für alle möglichen und unmöglichen Dinge, die sich mal ergeben sollten.

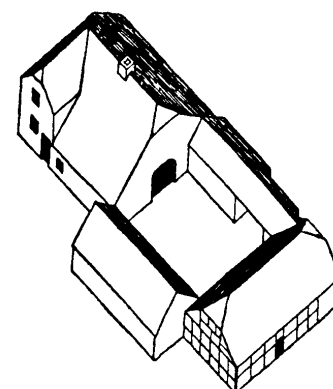
4. Bei der Gestaltung eines Gesellschaftsvertrages zwischen Landwirtschaft und den übrigen gesellschaftlichen Gruppen müssten wir alle (alle, die es anders wollen) verstärkt nach Mitteln und neuen Wegen der Selbstorganisation suchen. Denn wenn wir uns weiterhin auf jene Menschen verlassen, die die Richtung der Politik bestimmen, ändert sich nie etwas und wir sind verlassen.

In diesem Sinne wünsche ich Euch beim Zeitung machen weiterhin eine ruhige Hand.

Rudi Dittmar 74747 Ravenstein

**Müll und Mais**

Solange ich zurückdenken kann, gibt es in unserer Nähe das Kieswerk. Mittlerweile sind vier mehr oder weniger große Baggerseen entstanden, die von vielen Menschen unterschiedlich genutzt werden. Es gibt den Anglersee und den Surfersee, bei denen schon der Name sagt, wer sich dort so tummelt. Der größte See, an dem auch immer noch gebaggert wird, beherbergt auf der gegenüberliegenden Seite *das* Strandbad. Sobald es die Temperaturen erlauben, werden die Pforten geöffnet, und das halbe Ruhrgebiet rückt an! Autos mit Kennzeichen aus der näheren und weiteren (haben die keinen eigenen See?) Umgebung stellen die umliegenden Feldzufahrten und Binnenwege zu. Natürlich kann ich verstehen, dass es die meisten Leute bei schönem Wetter aus der Stadt auf's Land zieht. Das Problem ist auch eigentlich nicht der gemeine Badegast, der meistens die ausgeschilderten Flächen zum Parken aufsucht und sich im Strandbad mit seinen Kindern aufhält.



... vom Niederrhein

Nein, das Problem sind die „Individualtouristen“. Das sind diejenigen, die meistens ohne Kinder, dafür aber mit ein bis zwei Hunden „... ein ruhiges Plätzchen suchen“. Und weil es zu Fuß ja so beschwerlich ist, sein „ruhiges Plätzchen“ zu erreichen, muss der PKW mit. Der wird dann abgestellt, wo es gefällt.

Wenn man im Sommer seine Wiesen am See silieren oder heuen will, muss man bei gutem Wetter früh genug einen „Wachposten“ aufstellen, der den Weg freihält. Glücklicherweise ist der See von einem großem Zaun umgeben, in dem zwar Löcher hineingeschnitten wurden, die aber nicht groß genug für Autos sind. Wenn dann so ein Schönwettertag vorbei ist, traut man seinen Augen kaum: Müll nichts als Müll! Am See und am Weg, wo die Autos parken liegt alles voller Müll. Und am nächsten Tag kommen sie wieder und legen sich wieder zwischen den Müll, den sie vorher zurückgelassen haben (hoffentlich gibt es bald ein Dosenpfand). Da dieser Seebereich nicht freigegeben ist, gibt es auch keine Abfallbehälter.

Unsere Rinder sind den Sommer über auf den Wiesen, die durch die Fläche eines Nachbarn vom See getrennt sind, zum Glück! Der Nachbar ließ sonst auch schon mal seine Rinder dort laufen, aber entnervt von andauernd zerschnittenen Zäunen, baut er dort nur noch Mais an. Vorher war es mal vorgekommen, dass ein paar „Grillfreunde“ bei uns fünf Zaunpfähle ausgerissen bzw. ausgebuddelt hatten, weil sie offensichtlich ihre Grillkohle vergessen hatten. Sie hatten die Drähte an jedem Pfahl durchgeknipt und die Pfähle zum Ufer geschleift und angezündet. Morgens um halb sechs kamen unsere Rinder mit Polizeischutz nach Hause getrottet! Seit dem Mais ist es ruhiger geworden. Natürlich weiß ich auch, dass nicht alle ihren Müll dalassen und dass es keinerlei öffentliche Verkehrsmittel gibt, die den See auf ihrer Route haben.

Eine Bäuerin (30 Jahre) erzählt...

## Umstellung auf ökologischen Landbau

Das gleichnamige aid-Heft behandelt verständlich und komprimiert alle Fragen einer möglichen Betriebsumstellung: Beweggründe und Ziele, Betriebseignung, Umstellungs-Steckbriefe für verschiedene Betriebszweige und Kulturen, Zeitbedarf, Wirtschaftlichkeit, Vermarktung, Kontrolle, Anbauverband, Förderung, Information und Beratung. Die übersichtliche Broschüre ist so eine gute Hilfe für eine erste Orientierung. en  
aid-Heft 61-1457, 2,50 € zzgl. Versand, Bezug: DVG, Birkenmaastr.8, 53340 Meckenheim

## Bunte Seiten mit AlternativMedien

Nach zwei Jahren legt Contraste, die bundesweite Monatszeitung für Selbstverwaltung wieder ihr Adressverzeichnis „Bunte Seiten“ vor. Diese „Datenbank der Alternativen“ enthält über 13.500 Adressen von selbstverwalteten und Alternativbetrieben, sozialen Projekten und politischen Initiativen. Das Spektrum ist sehr breit, die über 60 Rubriken enthalten u. a. die Bereiche Arbeitslose, Betriebe und Handwerk der verschiedensten Richtungen, Bildung, Frauen, Gesundheit und Soziales, Kultur, Ökologie und Medien, Reisen und Verlage. Somit liegt ein guter Einblick in die realexistierende Welt der Alternativökonomie vor, der verdeutlicht, wie ausdifferenziert in diesem Wirtschaftssektor die ökonomische und soziale Praxis mittlerweile ist, wie viele Arbeitsplätze er bereitstellt und welche vielfältige Palette an Produkten und Dienstleistungen er anbietet. Die Bunten Seiten sind das einzige derart umfassende Adressverzeichnis, das nicht vorrangig kommerziellen Zwecken dient.

Das Verzeichnis ist nach Postleitzahlen sortiert, innerhalb dieser alphabetisch nach den Rubriken, innerhalb der einzelnen Rubriken dann wiederum nach Postleitzahl: Der Zugriff nach der postalischen Region ist natürlich nur eine Möglichkeit einen solch umfangreichen Datenbestand zu organisieren. Wenn mensch sich alle selbstverwalteten Tagungshäuser oder alternativen Elektrobetriebe bundesweit ansehen will, ist schon blättern notwendig. Die „Bunten Seiten“ werden von den Lokal-Redaktionen der „Contraste“ (www.contraste.org) erstellt, die in der Regel die Adressen für ihre Region im Auge behalten. Contraste gibt es seit 1984 und bürgt für eine gewisse Seriosität, da sie sich dem völligen Ausverkauf des Alternativ- und Selbstverwaltungsbereich immer widersetzt hat und linken Inhalten ausdrücklich Raum gibt. Die „Bunten Seiten“, enthalten auch die Adressen vieler Verbände und Zusammenschlüsse.

Ein wichtiger Bestandteil der Bunten Seiten ist der Reader der Alternativmedien, das aktuell einzige existierende gedruckte Verzeichnis von Alternativzeitungen im weitesten Sinne. Der neue Reader enthält Adressen von mehreren hundert Zeitschriften aus der BRD (darunter mehrere die eingestellt, von denen aber noch Restauflagen erhältlich sind). Hinzu kommen Titel aus Österreich und aus der Schweiz. International werden weitere Zeitschriftenadressen aufgelistet. Die Bunten Seiten sind ein Muss für alle Orte, an denen ein solches Verzeichnis kollektiv genutzt werden kann.

Bernd Hüttner

Contraste (Hg.) Bunte Seiten 2002/2003; 300 S. Din A 4, 18,-€, ISBN 3-924085-06-4

## Privatisierungs-Chronik

Zum 10. Jahrestag der staatlich eingesetzten BVVG (Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH) zeichnen deren Pressesprecher und ein Journalist den Verlauf der Privatisierung ehemals volkseigener Flächen und Gebäude in Ostdeutschland nach. Dabei werden zwar auch einige kritische Stimmen von benachteiligten Alteigentümern oder Wiedereinrichtern wiedergegeben, im wesentlichen wird jedoch die offizielle Sicht der Arbeit der BVVG unter dem Einfluss von Politik und Gesetzgebung nachgezeichnet. Trotzdem erfährt man viele interessante Details aus der Geschichte von Rückgabe, Verpachtung und Verkauf der staatlichen Flächen in Ostdeutschland. en

R. Münch, R. Bauerschmidt: Land in Sicht, Berlin 2002, 208 S., 23 € zzgl. Nachnahme, BVVG-Pressestelle, Tel. 030-4442-1052, Fax -1205



# Politik für den Ökolandbau

Analyse der nationalen und EU-Politik

Mit dem Ziel: „20 Prozent Ökolandbau und dann wird in der Landwirtschaft vieles besser“ gingen in den letzten Jahren Regierungen, Umweltschützer und einige Wissenschaftler hausieren. In dem Buch „Politik für den Ökolandbau“ haben nun drei Wirtschaftswissenschaftler dieses Ziel aufgegriffen und beleuchten, welche Schritte dafür notwendig wären und welche Vorteile die Ausweitung des Ökolandbaus für die Umwelt in der EU bringen kann. Anhand vieler Beispiele aus europäischen Ländern werden z.B. Entwicklung und Maßnahmen der Förderung vorgestellt. In ganz Europa wird überwiegend in benachteiligten Gebieten ökologisch gewirtschaftet, während erst wenig Höfe in intensiven Veredlungsregionen umgestellt haben. So werden in Schweden, dem Land in Europa mit dem höchsten Anteil ökologisch bewirtschafteter Fläche, regional unterschiedlich hohe Prämien gezahlt, um auch in Gunststandorten Landwirte zu gewinnen. Landesweit werden auch Öko-Flächen gefördert, die gar nicht zertifiziert werden, da der Aufwand dafür für kleine Betriebe zu hoch ist und für ihre Vermarktung auch nicht notwendig scheint. Um die Umstellung ganzer Höfe voran zu treiben, wird Ackerfutter besonders gefördert, wenn auch die Tiere ökologisch gehalten werden.

Der Ansatz des Buches zu analysieren, was der Ökolandbau zu den Zielen der EU-Politik beitragen kann, besticht. Untersucht wird, ob diese Art des Landbaus weniger Belastungen der Böden, des Wassers, von Klima und Luft,... sichert. Doch in der Auswertung kommt leider wenig Neues. Dass der Ökolandbau bodenschonender wirtschaftet, ist wissenschaftlich akzeptiert. Direkte Umweltschonung sehen die Autoren vor allem in dem Verzicht auf synthetische Pflanzenschutzmittel und Mineräldünger, was energiesparend ist und wenig Austräge nach sich zieht. Unverständlich ist ihre Bewertung, dass im Ökolandbau sich die Tierhaltungssysteme kaum von den konventionellen unterscheiden. Was für den Milchviehbereich gelten mag, ist in der Geflügel- und Schweinehaltung kaum zutreffend. Auch sehen die Autoren kaum positive Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation, da sie den Ökolandbau nur als Rohstofflieferant für die Nahrungsmittelindustrie sowie den Lebensmitteleinzelhandel betrachten. Wenn die Verarbeitung und Vermarktung von den Höfen ebenfalls beachtet wird, sehen die Arbeitsplatzeffekte besser aus.

Trotz des Titels haben die Autoren eine kurzgreifende Auffassung von der Politik für den Ökolandbau. Ihr Rat, doch wie ein international gut organisiertes Unternehmen eine schlagkräftige Lobby in Brüssel zu organisieren, wird nur Teilen der Ökolandbewegung gerecht. Zusammenhänge zwischen konventionellen und Öko-Preisen werden ausgeklammert. Beim internationalen Vergleich der Aufschläge auf Ökoprodukte schneidet Deutschland schlecht ab, die hohen Aufschläge auf



Ökomilch ignorieren aber die große Spanne zwischen den konventionellen Grundpreisen, bei denen der Schweizer Liter konventionelle Milch fast soviel kostet wie die deutsche Öko-Milch.

Ihre Forderung eines europäischen Aktionsplans für den Ökolandbau fußt auf vier Punkten: eine bessere Verbraucherinformation über klare Kennzeichnung, bevorzugt über ein europäisches Logo für Öko-Produkte, verbesserte Logistik und Professionalisierung der Kette vom Acker bis auf die Theke, weiterhin finanzielle Förderung des Ökolandbaus, Überprüfung, welche politischen Bereiche den Ökolandbau hemmen können.

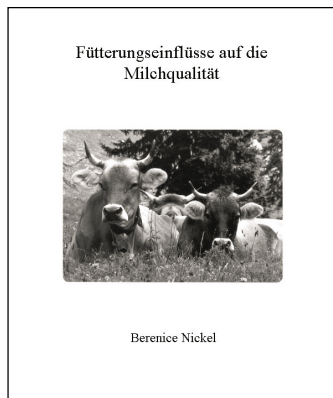
Der lesbare und durch umfangreiche Tabellen und Grafiken anschauliche Band bietet spannende Einblicke mit Zahlen und Hintergründen zu der Entwicklung des Ökolandbaus in der EU. Seine Folgen werden werden kaum die Herzen der Verfechter einer bäuerlichen Landwirtschaft treffen. ms

Politik für den Ökolandbau. Stephan Dabbert, Anna Maria Häring, Raffaele Zanoli. Ulmer Verlag 2002. 118 S. 19,90 €, zu beziehen über den ABL-Verlag



## Fütterungseinflüsse auf die Milchqualität

Erfahrungswissen von Sachverständigen und aus der Literatur arbeitete Berenice Nickel in ihrer Diplomarbeit am Fachbereich Ökolandbau der Gh Universität Kassel auf. In der Milch wurden alleine 240 verschiedenen Substanzen nachgewiesen. Die Fütterung der Kühe steht in einer engen Beziehung zu vielfältigen Bestandteilen ihrer Milch. Die Qualität der Milch ist ein Ausdruck unserer Landwirtschaft, da die Fütterung direkt mit dieser zusammenhängt. Befasst man sich mit der Frage nach Qualität und den Einflüssen der Fütterung, muss man sich auch mit der heutigen Landwirtschaft auseinandersetzen. Der Ökolandbau wirbt mit hoher Qualität seiner Produkte, da er die Prozesse in Boden, Pflanze und Tier berücksichtigt. Nach der Autorin ist auch „Hier die Tendenz festzustellen, dass die Produktion, vergleichbar wie vor Jahren in der konventionellen Landwirtschaft, einen höheren Stellenwert einnimmt und die anderen Aspekte immer mehr in den Hintergrund geraten.“ Neben den gängigen Qualitätsgrößen wie

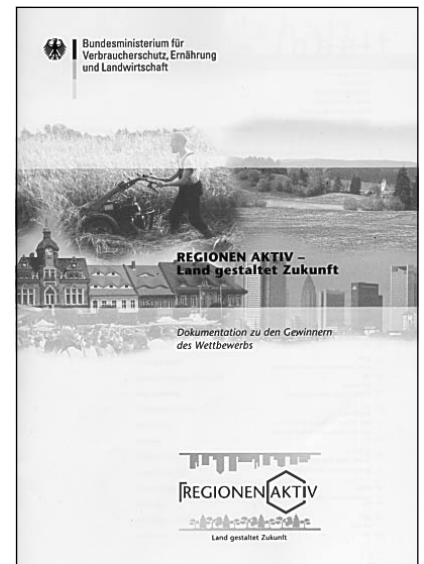


Fett- oder Eiweißgehalt betrachtet Nickel auch die Vitamengehalte und Spurenelementen. So führt ein Energiemangel in der Ration bei einem Proteinüberschuss dazu, dass das Milchfett nur noch teilweise synthetisiert wird. Je höher der Anteil an ungesättigten Fettsäuren umso weicher ist das Milchfett. Während Weidegang in Kombination mit einer grundfutterbetonten Ration den Anteil an Linolsäure erhöht. Auch auf die Käsequalität wirkt sich Weidegras positiv aus, die Käseausbeute und die Gerinnungseigenschaften können dadurch verbessert werden. Selbst der Vitam A- und Karotinhalt ist bei Weidegang am höchsten. Kaum überraschend, dass eine vielfältige Grünlandvegetation mit hohem Kräuteranteil auch höhere Gehalte an Spurenelementen nach sich zieht. Spannende Diplomarbeit mit Anregungen zum Nachdenken.

*Berenice Nickel: Einflüsse der Fütterung auf die Milchqualität. Diplomarbeit Din A 4, 100 S. 9,- € zzgl. Versandkosten, zu beziehen bei B. Nickel, Neufriemerstr. 22 a, 37217 Witzenhausen.*

## REGIONEN AKTIV – Land gestaltet Zukunft

Zum Bundeswettbewerb liegt nun eine Broschüre vor. Ziele, Konzepte und die 18 Modellregionen werden kurz vorgestellt – ansprechend und übersichtlich, aber ohne Angaben zu einzelnen Projekten. Zum Austausch positiver Beispiele und Erfahrungen plant das BMVEL die Einrichtung einer festen Informationsbörse unter [www.modellregionen.de](http://www.modellregionen.de), die allen Interessierten offen stehen soll. Diese Homepage zum Wettbewerb besteht bereits. we *Geschäftsstelle „REGIONEN AKTIV – Land gestaltet Zukunft“*, nova-Institut, Goldenbergstr. 2, 50354 Hürth, Tel. 02233-943682, Fax: -943683, [info@modellregionen.de](mailto:info@modellregionen.de)



## TAT-Orte – nachhaltige Entwicklung im ländlichen Raum

Zwischen 1995 und 1999 wurden im Rahmen des TAT-Orte-Wettbewerbs, eines Gemeinschaftsprojekts der Deutschen Bundesstiftung Umwelt und des Deutschen Instituts für Urbanistik, 24 kleine Gemeinden im ländlichen Raum für ihr Umweltengagement ausgezeichnet. Als Dokumentation entstand ein 60minütiger Film mit Begleitbroschüre. Vorgestellt werden u.a. das Ökodorf Brodowin und die Bioland Ranch Zempow.

Der Film ist sehr ansprechend und professionell gemacht, wirft aber nur Schlaglichter auf verschiedene Projekte.

Weitere Fachinformationen, Praxisbeispiele, Adressen und Literaturhinweise geben sieben Themenheften zu: Umweltbildung, Abwasserentsorgung, Umweltschutz, Lokale Agenda 21, Beschäftigung, Regenerative Energien und Ökologischer Landbau. we

*Die Themenhefte sind gedruckt nicht mehr lieferbar. Kostenloser download ist möglich unter [www.difu.de/tatorte](http://www.difu.de/tatorte)*

*Das VHS-Video wird kostenlos abgegeben, solange Vorrat reicht. Bestellungen an [tator-te@difu.de](mailto:tator-te@difu.de) oder an Deutsches Institut für Urbanistik, Maria Hamann, Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin, Tel. 030-39001-261, Fax: -241*

### Bestellcoupon für einen guten Schluck

Ich bestelle:

**Der kritische Agrarbericht 2002:** als CD oder auf der Homepage [www.bauernstimme.de](http://www.bauernstimme.de) für 19,80 €:

.... Expl. der folgenden Ausgaben des kritischen Agrarbericht 1999 bis 2001

zum Sonderpreis im Paket: \_\_\_\_\_ €

(2 Ausgaben 30 €; 4 Ausgaben 55 €)

**Der kritische Agrarbericht 2001:** 20,- €

Die Ausgaben 1996-1998 je Ausgabe nur noch 5,- €: \_\_\_\_\_ €

Die Ausgaben 1993-1995 je Ausgabe nur noch 2,50 €: \_\_\_\_\_ €

.... Expl. **Bürger netze statt Subventionen**, 17,95 €: \_\_\_\_\_ €

außerdem:

\_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_

Porto 2,75 €

Zahlung  nach Erhalt der Rechnung  mit beiliegendem Scheck Summe \_\_\_\_\_ €

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos

Konto-Nr. \_\_\_\_\_ BLZ \_\_\_\_\_ Bank \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_ gegbf. email \_\_\_\_\_

Name \_\_\_\_\_ Adresse \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

Bestellung an: Abl Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm

## Alles zur Landwirtschaft

Umfassend und zugleich erstaunlich vertieft erläutert die 4. Auflage des Landwirtschafts-Lexikons in über 5.600 Stichworten und 1600 Farbphotos/Zeichnungen alle Bereiche der Landwirtschaft und der Agrarpolitik. Verstärkt berücksichtigt wurden Ökolandbau, artgemäße Tierhaltung und die Agrarwende. Zu überarbeiten wären in der nächsten Ausgabe allerdings die unkritischen Passagen zu Gentechnik, Käfighaltung, Landwirtschaftsanpassungs-Gesetz oder Markenfleischprogrammen (QS). Zu wünschen wäre auch, dass neben Bauernverband, DLG und FNL weitere wichtige Organisationen wie ABL oder Agrarbündnis aufgenommen würden. en *Lexikon Landwirtschaft, 909 S., Ulmer-Verlag Stuttgart 2002, 89,90 €*

## Klärschlamm- und Düngungs-Risiken

Eine Fülle von Forschungsergebnissen zur landwirtschaftlichen Verwertung von Klärschlamm, Gülle, Trockenkot, Kompost und Mineräldüngern ist im Herbst 2001 bei einer Anhörung des KTBL präsentiert worden, vor allem im Hinblick auf Risiken für Boden, Bodenleben, Umwelt und Lebensmittel. Dabei ging es um Schwermetalle, organische Chemikalien, Keime, Seuchenverschleppung, Arznei- und Tierarznei-Reste, Hormone und hormonell wirksame Stoffe, außerdem um regionale Konzentrationen, Begrenzungs- und Untersuchungs-Techniken, um Minderungs- oder Vermeidungs-Strategien um Rechtsvorschriften und mögliche Verbote. Ein einheitliches Ergebnis gab es angesichts vieler Unsicherheiten und Abwägungsnotwendigkeiten nicht, die Risiken und Folgen für Umwelt, Nahrungsmittel und Landwirtschaft wurden jedoch sehr deutlich. en

*Landwirtschaftliche Verwertung von Klärschlamm, Gülle und anderen Düngern unter Berücksichtigung des Umwelt- und Verbraucherschutzes, BMU / BMVEL Wissenschaftliche Anhörung, KTBL-Schrift 404, 405 S., KTBL-Schriften-Vertrieb im Landwirtschaftsverlag, Münster 2002, 25 €*

**(Klein) ANZEIGEN****Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?**

**Kleinanzeige 10,- €; Chiffregebühr 2,50- €.** Alle Preise inkl. MWSt. Anzeigenannahme bis zum 17. des Vormonats. Anzeigen bis einschließlich 12,50,- € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-mail: bauernstim@aol.com.

**Hof und Arbeit**

● Wir wollen wieder auf's Land! Familie (37 mit landwirtschaftlichem Hintergrund, 33, 2,1) sucht kleinen Hof (Ackerbau, Viehhaltung, Waldbau) zur Übernahme, gerne auch in renovierungsbedürftigem Zustand. Kauf, Mietkauf oder längerfristige Pacht. Vorzugsweise Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Hessen.

☎ 04541-879301

● Menschen gesucht für Demeterhof, 12 ha und Naturschutzflächen, 25 ha zur extensiven Rinder- und Pferdehaltung im Naturschutzgebiet am Winderatter See / Angeln, mit Wohnung, Ferienwohnung, Ställen und Scheune. Landgemeinschaft Angeln e.V., ☎ 04632-7266, Fax: -7240

● Biolog.-Dyn. Landwirt im Ruhestand bietet ZWEITEINKOMMEN für Powerfrauen oder rüstige Rentner mit der Pflanze MORINDA CITRIFOLIA und net-

work marketing  
Infos: www.1396578.manuiagroup.net, Passwort: info

● Bist Du Bio-Landwirtin mit Lust auf kollektive Arbeit in großer Lebensgemeinschaft? Wir (1♀, 2♂) suchen Dich als Verstärkung in der Milchviehhaltung, Käseerei und Vermarktung. Unser Betrieb umfasst 20 ha Grünland, 10 Kühe mit Nachzucht, Ochsenweidemast, Schweine zur Molkenverwertung und eine Hofkäserei. Die Landwirtschaft ist ein Arbeitsbereich der Kommune Niederkaufungen, in der 55 Erwachsene und 20 Kinder seit 16 Jahren aus einer Kasse leben und im Konsens entscheiden. ☎ 05605-80070

**Tiermarkt**

● Verkaufe laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse.  
Burkhard Schirmmeister, Sipplingen, ☎ 07551/63609

Der Fachbuchkatalog für den ökologischen Landbau.

# blattgrün

Fordern Sie jetzt kostenfrei den neuen Katalog an oder bestellen Sie direkt im Internet:

**baerens & fuss**  
bücher mit inhalt.

**baerens & fuss**  
Buchversand  
Postfach 11 06 45  
19006 Schwerin

**www.baerfuss.de**  
Telefon (03 85) 56 29 18  
Telefax (03 85) 56 29 22  
versand@baerfuss.de

Zeit ist kostbar

www.SLOWFOOD.de

**Slow Food: Geschmack hat eine Lobby****Slow Food, das ist**

- die subversive Kraft der Butterstulle
- der langsame, aber gewaltige Aufstand gegen Aromapanscher und Tiermehlgerien
- der Streit für eine Agrarwende, die den Bauern, den Tieren und den Verbrauchern gefällt
- der Charme regionaler, nationaler und internationaler Events
- eine internationale Bewegung in 42 Ländern mit 80.000 Mitgliedern
- intelligenter Genuss ohne Reue

Ja, ich will Mitglied werden  Ich möchte nur mal schnuppern

- Einzelmitglied: 75 Euro/Jahr  
 Familienmitglied: 95 Euro/Jahr

(Abonnement unserer Zeitschrift für 15 Euro/Jahr)

Name, Vorname:

Strasse, Hausnummer:

PLZ, Ort:

Unterschrift

Abenden an: Slow Food Deutschland e.V., Geiststr. 81, 48151 Münster Fax (02 51) 79 33 66

**Veranstaltungskalender****Energiewende**

5. Oktober 2002, Stuttgart  
Zukunftsforum Naturschutz zur regenerativen Energieversorgung.  
Ev. Akademie Bad Boll, Sybille Kehrer, ☎ 07164-79225, Fax: -791278, www.ev-akademie-boll.de

**Tag der Regionen**

06. Oktober 2002  
Koordinationsbüro Nord:  
☎ 05643-948537, Fax: -948803, tagderregionen@freenet.de; Büro Süd:  
☎ 09852-1381, Fax: -4895, tag-der-regionen@web.de

**Kürbis, Kiwano & Co.**

11. bis 13. Oktober 2002, Witzenhäuser  
Kürbismesse des Fachgebiets Agrarbiotechnik u. Tag der Offenen Tür am Fachbereich Ökologische Agrarwissenschaften.  
Uni Kassel, Standort Steinstraße in Witzenhäuser, Programm unter <http://mars.wiz.uni-kassel.de/neues/Fach-Vortraege.pdf> oder [www.uni-kassel.de/presse](http://www.uni-kassel.de/presse)

**Vater-Kind-Tagung**

11. bis 13. Oktober 2002, Hohebuch  
Väter und Kinder erfahren etwas über Ernte und Verarbeitung von Herbstfrüchten. Vergleiche zwischen selbstgemachten und industriell hergestellten Produkten werden angestellt.  
Ländliche Heimvolkshochschule Hohebuch, 74638 Waldenburg, ☎ 07942-107-0, Fax: -20, www.hohebuch.de

**Halbzeitbewertung nutzen**

17. Okt. 2002, 20.00 Uhr, Wasserschloss Mitzwitz, Oberfranken  
In Zusammenarbeit mit der AbL veranstaltet die Ökologische Bildungsstätte Oberfranken eine Podiumsdiskussion zu den Reformvorschlägen der EU-Kommission zur Halbzeit der Agenda 2000. Auf dem Podium diskutieren: Friedrich Willem Graefe zu Baringdorf (AbL-Bundesvorsitzender), Prof. Hubert Weiger (Vors. Bund Naturschutz Bayern), Dr. Böhrner (Direktor Bayerischer Bauernverband Oberfranken), NN Bayerisches Staatsministerium für Landwirtschaft.  
Info: Ökol. Bildungsstätte Oberfranken, Stefan Beyer, ☎ 09266-8252

**Nachhaltige Ernährung**

21. bis 23. Oktober 2002, Tützing  
Infos: Ev. Akademie Tützing, 82327 Tützing, Rita Niedermaier, ☎ 08158-251128, Fax: -996428, niedermaier@ev-akademie-tuetzing.de, Anmeldeschluss 7. Oktober

**Züchtertreffen in Frankenhausen**

02. November 2002, Frankenhausen  
Siehe auch Seite 16!  
Anmeldung: KLJB, Drachenfelsstr. 23, 53604 Bad Honnef-Rhondorf, ☎ 02224-946521

**AK Morgenland Wie finden wir einen Hof?**

15. bis 17. November 2002, Altenkirchen  
Die agrarpolitische Informationsveranstaltung zu Rahmenbedingungen für einen Neueinstieg in die Landwirtschaft informiert über Möglichkeiten wie Hofbörsen, Recht und Finanzierung, persönliche Erfahrungen, politische Rahmenbedingungen mit Blick nach Frankreich.  
HVHS und ejl, 110,00 Euro

**Rindfleischvermarktung im Ökologischen Landbau**

10. bis 11. Dezember 2002, Altenkirchen

**Einführung in die Hofladenvermarktung im Ökologischen Landbau**

13. bis 15. Dezember 2002, Altenkirchen  
Informationen zu Steuern, Recht, Versicherung, Finanzierung, Warensortiment und Gestaltung  
Teilnahmebeitrag: 160,00 Euro

**Einführung in den ökologischen Landbau für Auszubildende, Praktikantinnen/Praktikanten und FÖJ'ler/ FÖJ'lerinnen**

16. bis 19. Dezember 2002, Altenkirchen

**Vater und Sohn – ein starkes Team auf dem Hof**

18. bis 19. Dezember 2002, Altenkirchen

Teilnahmebeitrag: 120,00 Euro  
Info und Anmeldung: Evangelische Landjugendakademie, Ute Rönnebeck, Dieperzbergweg 13-17, 57610 Altenkirchen, ☎ 02681-9516-0, Fax: -70206, roennebeck@lja.de

**Naturschutz und Gentechnik in Niedersachsen**

11. und 12. November, Schneverdingen  
Informationen über die Freisetzungproblematik. Auch das Thema gentechnikfreie Flächen für den Ökolandbau wird aufgegriffen.

**Agrarwende – eine Zwischenbilanz**

28. und 29. Oktober 2002, Schneverdingen  
Info und Anmeldung: Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz (NNA), 29640 Schneverdingen, ☎ 05199-9890, Fax: -9890-46, www.nna.de

**HolzEnergie 2002**

30. Oktober bis 02. November 2002, Augsburg  
Internationale Messe und Kongress für Holzenergie mit Tag der Waldbauern am 02.11.2002 speziell für die Vertreter aus Land- und Forstwirtschaft.  
Messe Augsburg, Infos: erneuerbare energien, ☎ 07121-3016-0, Fax: -100, www.energie-server.de, www.holz-energie.de

**Soja – so nein!?**

06. bis 08. November 2002, Loccum  
Handlungsperspektiven für einen nachhaltigen Sojahandel, Beispiel Brasilien, Forum zum Thema: Soja als Futtermittel für Neuland- und Biobetriebe?

**Stolperstein oder Meilenstein?**

15. bis 17. November 2002, Loccum  
Die EU-Osterweiterung und die Zukunft der EU-Agrarpolitik  
Info und Anmeldung: Ev. Akademie Loccum, 31545 Rehburg-Loccum, ☎ 05766-810, Fax: -81900, www.loccum.de

**Zauberwort „Globalisierung“**

08. bis 10. November 2002, Lingen-Holthausen  
Seminar zu Gefahren und Chancen sowie Auswirkungen auf unsere Region  
Kath. Akademie, 49808 Lingen-Holthausen, ☎ 0591-6102-0, Fax: -6102-135, www.lwh.de

**Zurück zum Urwald?**

13. bis 15. November 2002, Bad Herrenalb  
Landwirtschaft ist auf dem Rückzug, doch Menschen aus Stadt und Land suchen die Ästhetik einer offenen Landschaft. Welche Konzepte können diesem Mangel abhelfen?  
Ev. Akademie Baden, ☎ 0721-9175-352, Fax: -350, www.ev-akademie-baden.de

**Dezentrale Pflanzenölnutzung**

15. und 16. November 2002, Aulendorf  
Umfassende Tagung zur landwirtschaftlichen Nutzung mit Erfahrungen aus Nordhessen und Baden-Württemberg, Technik und Qualitätssicherung, Herstellerforum und Demonstration von Pflanzenölschleppern und vieles mehr.  
Anmeldung erbeten an: Staatl. Lehr- u. Versuchsanstalt, Postfach 1252, 88322 Aulendorf, ☎ 07525-942316, Fax: -942333

**Landwirtschaft: Dauerhafte Erhaltung der natürlichen Ressourcen**

21. und 22. November 2002, Iserlohn  
Zentrale Themen sind Boden-, Artenschutz, Biodiversität sowie Vermeidung von Wasserbelastungen. Diskutiert werden sollen Wege zur Honorierung dieser Leistungen durch die Gesellschaft.  
Evangelische Akademie Iserlohn, 58638 Iserlohn, ☎ 02371-352145, Fax: -352169

**Weichkäseherstellung**

26. bis 29. November 2002, Bad Vilbel  
Der Kurs richtet sich an fortgeschrittene Hofkäser.  
Verband für handwerkliche Milchverarbeitung im ökologischen Landbau e.V., ☎ 08166-684218, Fax: -6274, vhm.ev@t-online.de

**Effizient Gruppen leiten**

Grundkurse im Nov./Dez. 2002 an fünf Standorten in Deutschland, Aufbaukurse dann Ende 2003  
Die Veranstaltung im Bundesprogramm Ökologischer Landbau richtet sich an Aktive im ökologischen Land-, Garten- und Weinbau, die Gruppen anleiten, Projekte umsetzen, Öffentlichkeitsarbeit planen.  
Kurse in Altenkirchen, Hannover, Kohren-Salis, Bad Boll und Hesselberg. Anmeldung: Evangelische Landjugendakademie, Dieperzbergweg 13-17, 57610 Altenkirchen, ☎ 02681-9516-0, Fax: -70206, info@lja.de Es werden kein Teilnahmebeitrag und keine Kosten für Unterkunft und Verpflegung erhoben.

**Heide-Weser zeigt Film Eine Schwalbe macht den Sommer**

So sympathisch die Aussteigerstory von Christian Carion erzählt wird – irgendwie ist seine Großstadt-Heldin auf der Alm- wiese zu perfekt. Sehenswert ist deshalb weniger die Flucht aufs Land als die seltsame Freundschaft zwischen der cleveren Powerfrau Sandrine und dem schrulligen Bergbauern Adrien. Liebhaber imposanter Bergkulissen kommen auch auf ihre Kosten: Kameramann Antoine Heberle hat die Voralpen in überwältigenden Bildern eingefangen.  
Kommunal Kino Verden im Cine City in Verden, Mittwoch, den 9. Oktober um 20 Uhr 15





in Zusammenarbeit mit  
der Bundesarbeitsgemeinschaft Ev. Jugend im ländlichen Raum

## Bundesmitgliederversammlung und agrarpolitische Tagung

vom 22. bis 24. November 2002 in Altenkirchen/Westerwald

Mit EU-Agrarkommissar Dr. Franz Fischler.

### Vorläufiges Programm:

Freitag, 22. November	Nachmittags: Beginn Tagung mit Vortrag Dr. Fischler Abends: Treffen Abl-Frauen, Gesellschafterversammlung ABL-Verlag, Treff Interessengemeinschaften u.a.
Samstag, 23. November	Vormittags: Diskussionsforen zu Milchmarkt, Regionen aktiv, Bioanbau und Gentechnik Nachmittags: Abl-Bundesmitgliederversammlung: Themen u.a. Agrarpolitik nach der Bundestagswahl, Rechenschaftsberichte und turnusmäßige Neuwahlen zum Bundesvorstand Abends: Bunter Abend
Sonntag, 24. November	Frühstück, anschließend Abreise

Alle Abl-Mitglieder erhalten eine schriftliche Einladung. Gäste sind herzlich willkommen. Das genaue Programm plus Anmeldungen ab 25. Oktober 2002 bei der Abl-Geschäftsstelle. Die Landesverbände Bayern und Baden-Württemberg organisieren einen Bus. Bitte melden bei Andreas Rimmelberger (Landesverband Bayern)

## AbL

## KONTAKTE

### Schleswig-Holstein

**Landesverband:** Ellen Holste, Reit 5, 24848 Alt Bennebek, ☎ 04624/800312  
**Bernd Voss,** Diekdorf Nr. 124, 25554 Wilster, ☎ 04823/8505, Fax: /75330  
**Hinrich Lorenzen,** Winderatt 14, 24966 Sörup, ☎ 04635/2141, Fax: /2114  
**Plön:** Matthias Stührwoldt, ☎ 04326/679 Fax 289147  
**Flensburg:** Heiner Iversen, ☎ 04631/7424, Fax 04631/3852

### Niedersachsen

**Landesverband:** 27243 Beckeln, Im Unterdorf 27, ☎ 04244/966725, Fax 04244/967422  
**Heide-Weser:** Karl-Heinz Rengstorf, ☎ + Fax: 04233/669; Ulrike Helberg-Manke, ☎ 04231/63048  
**Elbe-Weser:** Hinrich Burfeind, ☎ 04762/1593; Ada Fischer ☎ 04723/3201, Fax: 04723/2118  
**Wendland-Ostheide:** Horst Seide, ☎ 05865/1247  
**Niedersachsen-Mitte:** Hartmut Hollemann, ☎ 05121/510694  
**Südniedersachsen:** Andreas Backfisch, ☎ 05508-999989, Fax: 05508-999245

### Nordrhein-Westfalen

**Landesverband NRW:** Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, ☎ 02381/9053173, Fax: 492221  
**Herford:** Friedel Gieseler, ☎ 05221/62575  
**Minden-Lübbecke:** August Seele, ☎ 05702/9152  
**Hellweg:** Ulrike Ostendorff, ☎ 02307/62281, Wilhelm Ecke, ☎ 02378/2991  
**Sauerland:** Dorothee Biermann, ☎ 02973/2557  
**Höxter-Warburger Land:** Hubertus Hartmann, ☎ 05273/35447  
**Tecklenburger Land:** Martin Steinmann, ☎ 05404/5264  
**Gütersloh:** Erika Kattenstroth, ☎ 05241/57069  
**Düren:** Monika Lövenich, ☎ 02425/901458  
**Köln/Bonn:** Bernd Schmitz, ☎ 02248/4761

### Hessen

**Mittelhessen:** Ernst-Günter Lang, ☎ 06441/75502, Fax: 06441/975995  
**Nordhessen:** Bernhard Wicke, ☎ 05665/1403; Onno Poppinga, ☎ 05673/3540

### Rheinland-Pfalz

**Landesverband:** Auf'm Kreuzchen 2, 56290 Wohnroth ☎ 06762/951170, Fax: 06762/951191  
**Regionalverband Eifel:** Hermann Böttel, Holzturner Str. 6, 54636 Wolsfeld, ☎ 06568/7067, Fax: 06568/7011  
**Regionalverband Hunsrück-Nahe:** Karin Auler-Weber, Auf dem Rech 4, 55481 Oberkostenz, ☎ 06763/601, Fax: 06763/558  
**Koblenz-Mayen:** Engelbert Jung, ☎ 02607/552

### Baden-Württemberg

**Landesverband:** Laubachtal 1, 88484 Gutenzell, ☎ 07352/8928, Fax: 07352/941422  
**Nordschwarzwald:** Georg Bohnet, ☎ 07443/3990, Martin Reiter, ☎ 07524/2272; Hedwig Noll, ☎ 07463/729  
**Nord-Württemberg:** Brigitte Steinmann, ☎ 07062/61620; Ulrike Hasemeier-Reimer, ☎ 07971/8584  
**Göppingen:** Gerhard Übele, ☎ 07166/422  
**Oberschwaben:** Albrecht Stiefel, ☎ 0751/91171; Josef Bopp, ☎ 07352/8928  
**Schwarzwald-Baar:** Klaus Elble, ☎ 07808/1311, Fax: 07808/910453  
**Ortenaukreis:** Tilo Braun, ☎ 07805/5465  
**Bodensee:** Anneliese Schmeh, ☎ 07553/7529, Fax: 07553/828278  
**Allgäu:** Bärbel Endraß, ☎ 07528/7840, Fax: 07528/927590

### Bayern

www.abl-bayern.de  
**Landesverband:** Andreas Rimmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, ☎ 08679/6474, Fax: -9130145, e-Mail: Abl-Bayern@web.de  
**Regionalverband Schwaben:** Josef Böck, Leipheimer Str. 8, 89347 Bubesheim, ☎ 08221/6326; Hermann Holl, ☎ 07302/6512  
**Regionalgruppe Pfaffenwinkel:** Wolfgang Taffertshofer ☎ 08847/804, Christa Schlögel ☎ 08856/5723  
**Regionalgruppe Chiemgau-Inn Salzach,** Hans Urbauer ☎ 08628-634, Ute Gasteiger ☎ 08039-1635  
**Landshut-Vilstal:** Josef Schmidt, ☎ 08742/8039  
**Franken:** Gabriel Deinhardt, ☎ 09194/8480; Jasmin Berger ☎ 09565/6838

### Mecklenburg-Vorpommern

**Mecklenburg:** Jörg Gerke, Ausbau 5, 18258 Rukieten, ☎ 038453/20400, Fax: 038453/52131  
**Vorpommern:** Albert Wittneben, Oberstried 4, 17089 Grischow, ☎ 039604/26856

**Geschäftsführer:** Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststr. 28, 21335 Lüneburg, ☎ 04131/407757, Fax 04131/407758

**Arbeitskreis Frauen:** Ulrike Hasemeier-Reimer, Flurstr. 6, 74405 Gaildorf-Reippersberg, ☎ 07971/8584, Fax 07971/5718

„Morgenland“ – Arbeitskreis für Leute, die auch morgen noch in der Landwirtschaft oder einem angelagerten Bereich arbeiten wollen. Arnd Berner, Zum Anger 5, 37547 Kreisen-Opperhausen ☎ u. Fax. 05563-910705, hof\_berner@hotmail.com

**AgrarBündnis e.V.:** Ulrike Ottenotbrock-Völker, Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, ☎ 05242/44327, Fax: 931446

**Neuland e.V.:** Baumschulallee 15, 53115 Bonn 1, ☎ 0228/604960

**Europäische Bauernkoordination EBK-CPE,** Rue de la Sablonnière 18, B-1000 Brüssel, ☎ 00322/2173112, Fax 2184509, E-mail: cpe@cpefarmers.org

**Verein zur Förderung des Anbaus und der Verwertung von Hanf,** Haus der Landwirtschaft, Bielefelder Str. 47, 33378 Rheda-Wiedenbrück, 05242/925814, Fax: 925833, email: Andrea.Kiel@lk-wl.nrw.de

**Projektbüro Hanf,** Haus Düsse, Daik Lohmeyer, 59505 Bad Sassendorf/Ostinghausen, ☎ 02945/989195, Fax: 02945/989133

**Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren.** Adi Lambke 05864/233, Anneliese Schmeh 07553/7529, Johann Schamann 09861/3945

**IG-Boden,** Ansprechpartner: (Mecklenburg) Franz Joachim Bienstein, ☎ u. Fax: 03841-791273; (Vorpommern) Franz Hinnemann, ☎ u. Fax: 038331-80024; (Brandenburg) Bernd Hüsgen, ☎ 033704-66161, Fax: -66162

## Ich werde Mitglied in der

### Zutreffendes bitte ankreuzen:

- |   |  |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Ich möchte Mitglied in der Abl werden  | <input type="checkbox"/> Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von <input type="checkbox"/> 102,- € <input type="checkbox"/> 127,50 € oder _____ zu zahlen. |
| <input type="checkbox"/> Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 76,50 €                             | <input type="checkbox"/> Ich bin Kleinbauer, Student, Rentner, arbeitslos und bezahle einen Mitgliedsbeitrag von 25,50 € (Nachweis füge ich bei)                               |
| <input type="checkbox"/> Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 102,- € | <input type="checkbox"/> Ich beantrage als nicht landwirtschaftliche Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 50,- €   |

### Mitgliedsadresse:

Name  Vorname

Straße  PLZ, Ort

### Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- |   |   |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Nach Erhalt der Rechnung                   | <input type="checkbox"/> Ich bin Abonnent der Unabhängigen Bauernstimme:                                      |
| <input type="checkbox"/> Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein   |
|   | <input type="checkbox"/> Ich bestelle auch die Unabhängige Bauernstimme (Bitte Coupon auf Seite 24 ausfüllen) |

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu errichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.  BLZ  Bank

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreßänderung die neue Adresse an die Abl.bzw. Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ihre Bestellung kann innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich bei der Abl widerrufen werden.

Unterschrift  Datum  Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung in einem Kuvert an:

**AbL e.V. Bauernstimme Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm**

### IMPRESSUM

**Unabhängige Bauernstimme • Herausgeber:** Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Tel. 02381/9053170, Fax: 02381/492221, E-mail: bauernstim@aol.com, Homepage: http://www.bauernstimme.de • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2017838 • **Redaktion:** Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper, Mute Schimpf: Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Tel. 02381/492220, Fax: 02381/492221 (Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 15. des Vormonats) • **Abonnementpreis:** 36,- € jährlich • **Erscheinungsweise:** monatlich (11 x jährlich) • **Bestellungen, Adressänderungen, Veranstaltungshinweise und Anzeigenaufträge** bitte direkt an den Verlag • **Verlag:** ABL Bauernblatt Verlags-GmbH, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Tel. 02381/492288, Fax: 02381/492221 • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2031516 • **Druck:** lensing druck, Münster – ISSN-Nr 0934-4632 Postvertriebsstück 1 K 12858 E.

# Mit dem Guidomobil zum Güllepott

**P**uh, war das spannend. Um 10 nach 6 – ich hatte gerade die erste Prognose gehört, Rotgrün lag leicht vorne – tanzte ich ausgelassen mit meiner Mutter im Melkstand herum. Na ja, eigentlich hielt ich sie fest und schleuderte sie ein bisschen, weil sie freiwillig nicht mitmachen wollte. Hat wohl anders gewählt als ich.

Dann plötzlich, halb sieben oder so, hieß es, es sehe nach einer Mehrheit für Schwarzgelb aus. Da war es mit der guten Laune vorbei, obwohl ich als Vater von fünf Kindern, in heiliger heterosexueller Ehe lebend, ja eigentlich die Union hätte wählen müssen. Bei dem zugesagten Familiengeld hätten die Liebste und ich uns zur Ruhe setzen können. Ich wollte schon zum Telefon laufen, um meinen Urologen zu bitten, meine Samenleiter wieder zusammenzunähen, da kehrte sich der Trend schon wieder um; dann ging es hin und her, und jeder Sender sah jemand anderen vorn.

Zwischenzeitlich versuchte ich, mir ein Leben unter einem Kanzler Stoiber vorzustellen. Immerhin, so dachte ich, die Zeit unter Kohl war nicht so schlecht. Abgesehen von den Qualen, denen man als ästhetisch empfindsamer Mensch ausgesetzt war, weil man damals überall die Bilder von Birnes Birne sah, hatte ich eine gute Zeit unter ihm. Mein erster Kuss, meine erste Freundin, das erste Mal, das Siegtor gegen Bokhorst – alles geschah in seiner Regierungszeit. Die Liebste und ich, wir trafen uns, und auch unsere ersten vier bis 1998 geborenen Kinder sind halbwegs normal. Danke, Dicker!

Außerdem war es damals leicht, einen Standpunkt zu finden. Wie revolutionär war ich mir vorgekommen, als ich im klirrend kalten Winter 86/87 eines Nachts zum großen Kohlplakat geschlichen war, um es lila anzusprihen. Ich fror mir fast die Füße ab, um meinem frauenbewegten Schwarm zu imponieren – und musste am nächsten Morgen feststellen, daß scheinbar nur das Treibgas aus der ollen Dose gekommen war, während die Farbe eingefroren war. Fett und feist grinste Kohl mich an – und gewann. Und der Schwarm glaubte mir natürlich kein Wort und nannte mich einen „Pseudo“.

Wer hätte sich damals schon vorstellen können, daß man eines Tages den Status Quo wählt, wenn man sich für Rotgrün entscheidet? Und fünf Jahre zuvor hätte ich mich auch für Status Quo entschieden, wenn ich dann schon hätte wählen dürfen. Und sofort hätte ich mich für ein Ministeramt beworben, im Ministerium für Luftgitarre, Billigbier und Buswartehäuschenknutschereien.



Aus solchen Gedanken riss mich die nächste Hochrechnung. Leichte Mehrheit für Rotgrün, und dabei blieb es. Möllemann sei Dank. Jetzt warte ich auf Enthüllungen. Vielleicht ist er seit langen Jahren SPD-Mitglied und wurde als V-Mann in die FDP eingeschleust, um ihr zu schaden. Oder er wurde für seine Sprüche bezahlt, und jetzt geht er ins Exil nach Kärnten als Vizelandeshauptmann oder so. Jedenfalls habe ich mir überlegt, meinen alten R4 „Camus“ jetzt umzutaufen, ich nenne ihn „Das echte Guidomobil“. 18 % war ja etwas hochgegriffen, deswegen habe ich jetzt 7,4 auf seine Tür geschrieben, und fast gelb ist sein Schmutzigweiß ja auch. Wenn er eines Tages nicht mehr über den TÜV kommt, werde ich

ihn den Liberalen zur Verfügung stellen – günstig, versteht sich. Armer Guido, armer kleiner Kanzlerkandidat.

Für Stoiber und Westerwelle habe ich übrigens schon Beschäftigung. Bei unserer letzten Fete haben die Hochtöner meiner Boxen den Geist aufgegeben, und ich hatte die schöne Vorstellung, Guido und Ede sitzen in den Holzkästen und sorgen für die schrillen Töne – obwohl ja Stoiber im Wahlkampf ständig zwei Oktaven tiefer sprach als normal. Jedenfalls freute ich mich schon, sie mit dem Abspielen alter Ton-Steine-Scherben-Platten zu quälen, und auch eine CD mit den fiesesten Eunuchengesängen der BeeGees hatte ich schon besorgt, aber die Liebste hat gesagt, sie will niemanden im Wohnzimmer, der den Spitznamen „Blondes Fallbeil“ trägt, und ein Hochtöner allein nutzt ja auch nichts; wir hören Stereo!

Nun aber zu Rotgrün. Sie haben ja noch mal Glück gehabt. Ich begrüße das, sogar gut gelaunt war ich am Morgen danach. Nun werden sie zeigen müssen, ob sie es können oder nicht, ob sie ihre Versprechen und Gelübde einhalten oder nicht.

Als ich einmal an einem Neujahrsmorgen das feierliche Gelübde abgelegt hatte, in einem Jahr nur 12 CDs zu kaufen und nicht mehr, andernfalls könne jeder mich „Güllepott“ nennen, da hielt das bis Mitte Februar, und der schlimme CD-Versand mit den fiesen Sonderangeboten schickt jetzt seinen Katalog immer an Matthias Güllepott Stührwoldt. Mein Vorschlag: Wir führen den Stabreim ein und für nicht gehaltene Wahlversprechen gibt es fiese Bezeichnungen aus dem Agrarbereich als Namenszusatz. Gerhard Güllepott Schröder, Joschka Jauchefass Fischer und so weiter. Renate Rinderwahn Künast allerdings wäre ungerecht und gar zu fies; das hat sie nicht verdient. Noch ein Gutes hat der Wählerausgang – ein Sieg von Schwarzgelb hätte der Stimmung auf der Bundesmitgliederversammlung in Altenkirchen mit Sicherheit geschadet. So aber werden wir erst tagen und diskutieren, dann nächten und diskotanzten. Kommt nach Altenkirchen und, verdammt, lest die Bauernstimme!

*Matthias Mastitis Stührwoldt*

Deutsche Post AG Postvertriebsstück K 12858  
ABL Bauernblatt Verlags GmbH  
Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm

10/2002

## UNABHÄNGIGE Bauernstimme: für mehr Bewegung

Zutreffendes bitte ankreuzen

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36 €, im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 18,- bzw. 36,- € für  6 oder  12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken)

Zustelladresse

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung  
Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr

BLZ

Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreßänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonneten

Datum

Beruf

(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, 59065 Hamm, Bahnhofstr. 31  
oder FAX 02381- 492221